

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

6-2022

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe September-Oktober 2022

Redaktionsnotiz.....	3
Imperialismus und Krieg.....	5
Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands.....	5
<i>Jürgen Geppert</i> : Der Ukraine Krieg.....	8
<i>Heinz Ahlreip</i> : 3. Weltkrieg. Als begriffen sie irgendetwas.....	14
<i>Wladimir I. Lenin</i> : Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation in Den Haag.....	16
<i>Heinz Ahlreip</i> : Dank den Imperialisten.....	21

Nachlese zur Thälmann-Ehrung in Buchenwald, VVN, DKP, Linkspartei, KO und KPD.....	23
Brigitte Dornheim: Das überraschende Ende der VVN-Veranstaltung zum 78. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns..	23
Brigitte Dornheim: Rede anlässlich des 78. Todestags von Ernst Thälmann.....	26
Marxistisch-leninistisches Fernstudium.....	32
Frank Flegel: Das marxistisch-leninistische Fernstudium von KPD und offen-siv hat wieder begonnen.....	32
Probleme des Sozialismus.....	36
Tim Schoenmakers: Die DVRK und die einheitliche Eigentumsform.....	36
Tizian Herrnberger: Personenkult und Führerprinzip im Sozialismus?.....	38
„Melodie und Rhythmus“ muss - vorläufig - eingestellt werden.....	47
»Man hat sich im ›Grand Hotel Abgrund‹ eingerichtet« Zum Niedergang des linken Kulturjournalismus – und was jetzt zu tun ist.....	47
Dietmar Koschmieder: Wenn die Kraft fehlt.....	49
Zwei Buchbesprechungen.....	52
Heinz Ahlreip: Eine Kritik an dem Buch von Susanne Schattenberg: „Geschichte der Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zum Untergang“.....	52
Frank Flegel: Kurt Gossweiler: Darf ich Genosse sagen? Der Briefwechsel mit Peter Hacks.....	72
Aus der Leser/innen-Post.....	75

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Wie könnte es anders sein, auch in diesem Heft geht es um Imperialismus und Krieg. Der eine oder die andere wird das Thema nicht mehr hören können, trotzdem müssen wir uns der Problematik annehmen, denn nicht nur der Krieg selbst ist bedrohlich, ebenso bedrohlich ist das, was der Ukraine-Krieg nicht nur in der deutschen, sondern in der weltweiten kommunistischen Bewegung an Irritationen und an Durcheinander zum Vorschein gebracht hat.

Dazu ein sehr schönes sprachliches Bild, welches uns in einem Leserbrief erreichte: „Ist es eine Aufgabe von Kommunisten, gegen den Sklavenhalter zu sein, der viele Sklaven hat, aber für den Sklavenhalter zu sein, der nur wenige Sklaven hat und diesen bei der neuen Verteilung der Beute zu unterstützen? Im Sinne Lenins denke ich doch `Nein´.“ (Christian Kunz, siehe S. 74)

Und nicht nur in diesem Heft nimmt das Thema wieder Raum ein, wir planen zusätzlich ein Sonderheft dazu und hoffen, dass wir es im Oktober werden realisieren können.

Neben dem Thema Imperialismus und Krieg werfen wir in diesem Heft einen Blick auf die Thälmann-Ehrung, auf den Wiederbeginn unseres marxistisch-

leninistischen Fernstudiums, bringen zwei reflektierende Artikel zu Problemen des Sozialismus: zur Eigentumsform (einheitlich oder gemischt?) und zur Rolle der Person in der Geschichte (Stichwort: Personenkult).

Am Schluss des Heftes etwas Kulturelles, zwei Buchbesprechungen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten, nämlich ein Verriss und eine Lobeshymne.

Und wir müssen leider traurig davon berichten, dass die verdiente Zeitschrift „Melodie&Rhythmus“, das „Magazin für Gegenkultur“, zumindest vorübergehend ihr Erscheinen einstellen muss.

Spendenaufwurf:

Natürlich sind die Finanzen auch bei der offen-siv knapp, man kann schon sagen: wie immer.

Heute aber bitten wir Euch nicht um Spenden für die offen-siv, sondern für die Fahrtkosten-Unterstützungs-Kasse beim Fernstudium. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind in der großen Mehrheit junge Genossinnen und Genossen, die meisten sind in Ausbildung oder Studium, d.h. sie verfügen nicht über große Reichtümer. Wir gestalten das Fernstudium ja schon so kostengünstig wie möglich, also mit einem sehr günstigen Tagungsort und selbstorganisierter Verpflegung, aber die Fahrtkosten sind je nach Entfernung und nach den Möglichkeiten, regionale Fahrgemeinschaften zu bilden oder eben auch nicht, zum Teil erheblich.

Zur Unterstützung dieser jungen Genossinnen und Genossen bitten wir Euch um Hilfe.

Spendenkonto:

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Fernstudium.**

Imperialismus und Krieg

Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Deutschland rüstet wieder zum Krieg!

„Nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: ... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht.“ (Klaus Kinkel, von 1979 – 1982 Präsident des Bundesnachrichtendienstes, von 1992-1998 Bundesaußenminister, ab 1993-1998 zudem Vizekanzler, in der FAZ, 19. März 1993)

Durch die hiesigen Medien wurde und wird Russlands Rolle im Ukraine-Konflikt maßlos aufgeblasen. Das ist die Begleitmusik dazu, dass sich einige wenige aber einflussreiche Kräfte die Hände reiben, denn endlich gibt es wieder eine günstige Gelegenheit, die Welt ein Stückchen weiter neu aufzuteilen, dieses Mal auf Kosten des russischen Kapitalismus. Der deutsche Imperialismus versucht, dieses Vorhaben hinter einem Nebelvorhang von Lügen und Verdrehungen zu verbergen und sich selbst als Friedensengel und Moralapostel darzustellen.

Der deutsche Imperialismus seit 1945

Wer dachte, dass die aggressive Kriegspolitik Deutschlands nach 1945 beendet war, der irrte. Der als „Demokratie“ getarnte deutsche Imperialismus wurde von verbrecherischen NSDAP-Funktionären wieder aufgebaut. Das Verstecken von Nazi- und Kriegsverbrechern in Südamerika, die Unterstützung von faschistischen Regimes in Spanien, Portugal und Griechenland, vor 1989 die Unterstützung von Putschisten in den Staaten des Warschauer Vertrages, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete in Südamerika und Afrika und Auslandseinsätze der Bundeswehr gehörten und gehören zur imperialistischen Außenpolitik der BRD.

1989 erfolgte ein Raubzug durch die DDR, bei dem nicht nur 16 Millionen Arbeiter/innen enteignet wurden, sondern auch die größte Büchervernichtung seit 1933 auf deutschem Boden stattfand. Nach der Opfergabe der DDR durch die PDS/Die Linke an die BRD konnte der deutsche Imperialismus wieder auf

Shopping-Tour in Osteuropa gehen, so dass deutsches Kapital die osteuropäischen Länder okkupierte. Als hauptsächlicher Kriegstreiber überfiel die BRD im März 1999 die Bundesrepublik Jugoslawien, unterstützte den Krieg in Afghanistan und Putschisten von Venezuela über Libyen bis nach Syrien! Der deutsche Imperialismus versucht nicht nur China in seine Schranken zu weisen, sondern vor allem auch gegen die USA die eigene Stellung zu behaupten und zu erweitern. Global kämpft er um mehr Einfluss, indem er u.a. versucht, den US-Dollar als Weltleitwährung zurückzudrängen und den Euro zu installieren. Unter dem Deckmantel friedlicher Parolen konnte die Bundesrepublik Deutschland so ihren Herrschaftsbereich wieder auf ganz Europa ausdehnen.

Die Arbeiterklasse in Spanien, Portugal, Jugoslawien und Griechenland leidet besonders unter der deutschen Europapolitik! In Kasernen Polens und Litauens wurden ukrainische Faschisten von deutschen Militärberatern ausgebildet und dann in den Kampf um die Ukraine gegen Janukowitsch geschickt. Das es den faschistischen Kräften auch um die Eliminierung von Juden und Kommunisten ging, wurde billigend in Kauf genommen. Der Putsch 2014 in der Ukraine wurde von Deutschland mitfinanziert und mitinszeniert, ein Putsch, bei dem nicht nur konservative Kräfte an die Macht kamen, sondern auch faschistische Mörder. Überall, wo der deutsche Imperialismus mitmischt, klebt Blut an seinen Händen.

Die aktuellen Kriegsvorbereitungen

Es werden weitere 100 Milliarden Euro in die „Verteidigung“ gesteckt. Doch wofür genau wird dieses Geld ausgegeben? Ein großer Teil fließt in die Aufrüstung der Bundeswehr durch neue Waffensysteme. Was aber mit den anderen Teilen geschehen wird, ist viel interessanter! Auf dem Investitionsplan steht die Verfeinerung der Notstandsgesetze. Diese Gesetze sind dafür gemacht „im Notfall“ die bürgerliche Demokratie außer Kraft zu setzen und eine autoritäre Staatsführung zu installieren. Um das vorzubereiten fließen umfangreiche Geldmittel in das Technische Hilfswerk und andere Zivilschutzeinrichtungen, die nicht nur als Schützenhilfe, sondern auch als eventuelle Streikbrecher fungieren sollen. Weitere Geldmittel fließen schon jetzt in „Volksfeste“, bei denen die Bundeswehr ihre Stände mit bunten

Fähnchen und Ballons für die Kinder schmückt. In Einkaufszentren, beim Arbeitsamt und in Schulen wirbt die Bundeswehr um Rekruten für den Kriegseinsatz. Kurzum: die Arbeiterklasse in Deutschland wird schon heute und in Zukunft noch viel massiver einer großen Propaganda-Show und einer Militarisierung der Gesellschaft ausgesetzt.

Selbstverständlich möchte die Bourgeoisie ihren Krieg und dessen Vorbereitung nicht selbst bezahlen. Die Arbeiterklasse und die Mittelschichten werden zur Kasse gebeten. Wir verzeichnen schon jetzt massive Wohnraumverteuerungen, Mangel an Sozialwohnungen, exorbitante Energiepreissteigerungen und ebensolche Preissteigerungen bei den Lebensmitteln, dazu Ratschläge für das Frieren im Winter. Schon werden „Wärmestuben“ ins Gespräch gebracht. Inflation ohne Ende!

Pünktlich mit Beginn der Heizperiode gibt es eine neue zusätzliche Belastung. Die Gasumlage soll ab Oktober die Mehrkosten für den Gaskrieg aufbringen (mit Einkommensteuer fast drei Cent pro Kilowattstunde). Natürlich dürfen die Gasunternehmen ihre Umlage auf die Haushalte weiterleiten. Das bedeutet eine nochmalige zusätzliche Erhöhung des Gaspreises. Und Habeck kündigte an, es könnten noch weitere Umlagen folgen. Kurz gesagt, durch noch mehr Armut, Wohnungsmangel, Obdachlosigkeit und verstärkte Ausbeutung werden die Kosten für Aufrüstung und Krieg aufgebracht. Eben Kanonen statt Butter, wie schon mehrfach im imperialistischen Deutschland. Wie lange sollen wir uns das gefallen lassen?

Aufruf an alle Kommunisten, Antiimperialisten und Friedensfreunde in Deutschland und in der Welt

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland sind uns sicher: der deutsche Imperialismus ist wieder gefährlich für den Weltfrieden. Wer es schafft, Völker sich gegenseitig niedermetzeln zu lassen, während er selbst als lachender Dritter dasteht und als Profiteur seinen Einfluss ausweiten kann, der ist die größte Gefahr für die Arbeiterklasse. Es ist notwendig, dem deutschen Imperialismus beim dritten Anlauf zur Welt dominanz in den Arm zu fallen!

Nutzen wir die historische Chance! Jetzt besteht noch die Möglichkeit, einen drohenden Dritten Weltkrieg zu verhindern, indem wir alle Bemühungen und

Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus offenlegen und versuchen, ihm mittels eines möglichst breiten antiimperialistischen Bündnisses in den Arm zu fallen. Lassen wir uns gemeinsam nicht von diesem Ziel ablenken! Deshalb ist für alle friedliebenden Menschen in Deutschland folgende Einsicht wichtiger denn je:

Der Hauptfeind steht im eigenen Land und heißt deutscher Imperialismus.

Torsten Schöwitz Vorsitzender der KPD

Jürgen Geppert: Der Ukraine Krieg

Schon die Überschrift ist irreführend. Dieser Krieg wird durch die Medien als brutaler russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine dargestellt. Die Erfahrungen aus allen bisherigen Kriegen zeigen uns, dass kein Staatsoberhaupt einfach so einen Krieg gegen ein anderes Land beginnen wird, weil ihm gerade danach ist. Was sind also die Hintergründe für diesen Krieg, und welche Ziele werden verfolgt?

Wenn wir von dem berühmten Ausspruch des preußischen Generalmajors Clausewitz, der Krieg sei eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, ausgehen, dann sollten wir diese Aussage um einen Nachsatz erweitern: ... immer dann, wenn die Politik versagt hat.

Dieser Krieg hat mittlerweile eine Dimension erreicht, die weit über die militärische Kriegsführung herausragt. Er tobt mit aller Macht auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene und wird, um die Bevölkerung einzuschwören, auch als Medienkrieg geführt. Dass dieser Krieg nicht nur zwischen Russland und der Ukraine stattfindet macht deutlich, dass es hier um mehr geht als um einen Krieg zwischen zwei Staaten.

Die Hauptakteure im Hintergrund sind imperialistische Staaten bzw. Staatenbündnisse, voran die USA im Bündnis mit den NATO Staaten und der EU, die beherrscht wird von den klassischen imperialistischen Führungsländer, der BRD, Großbritannien und Frankreich. Russland als relativ neuer „Global-Player“ wird von ihnen ignoriert. Trotzdem wiegt die Rolle Russlands schwerer als die reinen Wirtschaftszahlen vermuten lassen. Russland ist ein überaus wichtiger und ergiebiger Rohstoffproduzent. Um

Russland in die Knie zu zwingen braucht man die Ukraine. Das ist eine sehr alte Erkenntnis.

Die Kriegsvorbereitung

Die Vorbereitung auf diesen Konflikt betreiben die USA schon sehr lange, sie begann schon mehr als 30 Jahre vor dem jetzigen Kriegsbeginn. Bereits 1995 wurde mit ukrainisch-amerikanischen Manövern eine immer engere Zusammenarbeit der Ukraine mit der NATO eingeleitet. Die im Juli 1997 beschlossene NATO-Charta begründete eine intensive Partnerschaft der NATO mit der Ukraine. Zugleich wurde daraus eine unmissverständliche Drohung in Richtung Russland. In diesem Rahmen nahmen auch ukrainische Truppen an den Angriffskriegen der NATO in Jugoslawien, Irak und Afghanistan teil.

Die Sichelstrategie und die NATO-Osterweiterung bedrängen Russland seit Jahren. Bereits seit 1990 erfolgte die Osterweiterung der NATO trotz vieler gegenteiliger Versprechen unaufhaltsam. 2004 wurde in der Ukraine die „Orangene Revolution“ entfacht. Seitdem gibt es die Bestrebungen, die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Seit 2005 ist die Ukraine Teil der „Partnerschaft für den Frieden“. 2008 wurde der Eintritt in die letzte Vorstufe vor der Mitgliedschaft in der NATO, der „Membership Action Plan“, von der ukrainischen Regierung beantragt. 2014, nach dem Maidan-Putsch, hat die Ukraine sofort die Möglichkeit gesucht, den Vertrag mit Russland über die Schwarzmeerflotte zu kündigen. Die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation folgte als notwendiger Schritt zur Verteidigung Russlands. Seit 2019 steht das Streben nach einer Mitgliedschaft in der NATO sogar in der Verfassung der Ukraine. Das Land nahm an zahlreichen Manövern teil und erhält Waffenlieferungen und Ausbilder von der NATO. Die NATO unterstützt massiv die terroristischen Operationen (Krieg gegen die Bevölkerung von Donbass) im Osten. Offiziere und Söldner der NATO kämpfen im Donbass. Selbstverständlich werden Waffen geliefert. Ukrainischen Soldaten nehmen weltweit an Einsätzen der NATO teil. Im Juni 2020 erhielt die Ukraine den Status des NATO-Partners, „Enhanced Opportunities Partner“, zu Deutsch etwa „Partner mit gesteigerten Möglichkeiten“.

Aber auch die Regierung der Ukraine hat zur Eskalation beigetragen. In ihrer neuen Militärstrategie von 2021 wurde Russland als militärischer Gegner ausgewiesen. Im April 2021 hatte der ukrainische Botschafter in Berlin klargemacht, dass sein Land die Wiederbeschaffung von Atomwaffen erwägt. Und es gäbe noch weitere Beispiele.

Der Sender RT veröffentlichte am 26. Mai 2022 eine Erklärung des ehemaligen US-Senators in Virginia, Robert H. Black: „Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann 1991 die NATO aggressiv nach Osten vorzurücken und erreichte schließlich die Ukraine. Im Jahr 2014 benötigte die Ukraine finanzielle Hilfe. Russland und die EU unterbreiteten konkurrierende Finanzvorschläge. Die Ukraine entschied sich für das russische Hilfspaket, was eine sofortige Reaktion auslöste. Die CIA und der britische MI6 organisierten einen gewaltsamen `revolutionären` Putsch, durch den der rechtmäßig gewählte Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, gestürzt wurde. Die beiden Donbass-Republiken erklärten ihre Unabhängigkeit, worauf die `revolutionäre` Regierung der Ukraine ihnen den Krieg erklärte. Mehr als 14.000 Menschen sind in diesem Krieg gestorben. Und das war vor den Aktionen Russlands. Nach dem Putsch von 2014 überschwemmten die USA und die NATO die Ukraine mit Waffen und Beratern, um sich auf einen Krieg gegen Russland vorzubereiten. Als die Spannungen zunahmen, rief Russland wiederholt zum Frieden auf. Doch die Falle wurde durch die NATO gestellt. Ende 2021 hatte die NATO viele Tausende Soldaten zum Angriff auf den Donbass mobilisiert, und das direkt an der russischen Grenze. Präsident Putin versuchte verzweifelt einen Krieg zu verhindern. Im Dezember 2021 unterbreitete er der NATO konkrete Vorschläge. Aber die NATO war wild entschlossen, Krieg zu führen, und wies seine Vorschläge zurück.“

Die russische Bourgeoisie, nicht „Putin“ steht mit dem Rücken zur Wand und hat nun zum Mittel der „Vorwärtsverteidigung“ gegriffen.

Der weltpolitische Zusammenhang

Die Ukraine bildet aktuell die Speerspitze des USA/EU-Imperialismus im Osten Europas gegen Russland mittels einer faschistisch-kriegstreiberischen Regierung. Objektiv ist sie trotzdem eher als Opfer der Großmachtpolitik des einen, dem bisher herrschenden, globalen Blocks (USA/EU) gegen den

anderen, aufstrebenden und immer einflussreicher werdenden globalen Block (China, Russland, weitere an Einfluss gewinnende Länder Eurasiens zu sehen. Vor allem die USA bemühen sich, Russland klein zu halten, ausbeuten zu können und wenn nötig auch zu zerstückeln, denn ein Russland, das solche Konturen hätte wie der heutige Irak oder das heutige Libyen wäre sehr nach dem Geschmack des US-Imperialismus und seiner Vasallen.

Zur Illustration des Szenariums: Schon vor Kriegsbeginn trafen sich die beiden Staatsoberhäupter Russlands und Chinas – am 4. Februar 2022. Auf diesem Gipfeltreffen in Peking wurde eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Sie betonten, dass China und Russland eine neue Weltordnung der Gleichberechtigten und der Multipolarität sowie des Völkerrechts anstreben. China und Russland wollen eine neue Weltordnung, eine, die ihren ökonomischen Potentialen und ihrer Stellung gerecht wird. Ein Kampf um eine neue Weltordnung ist entbrannt. Wir sehen eine geostrategische Rivalität zwischen den USA im Verbund mit den NATO-Staaten einerseits und den aufstrebenden Mächten des ganzen eurasischen Raumes andererseits. Diese Rivalität drängt zu einer neuen Weltordnung im 21. Jahrhundert. Die USA wollen ihre Rolle als Weltmacht Nr. 1 behaupten, China, die aufstrebenden asiatischen Mächte und Russland wollen diese Rolle übernehmen.

Zurück zum Krieg in der Ukraine und zum Völkerrecht

Offiziell sprach der russische Präsident Putin von einer Spezialoperation mit drei Kriegszielen:

1. Demilitarisierung der Ukraine.

Wie soll das aussehen? Wenn die Ukraine ein demilitarisierte, also neutraler Staat werden soll, dann braucht das Land eine Regierung, die sich von der NATO löst und die bisherigen Verträge einhält und zu Verhandlungen mit Russland und anderen bereit ist. Eine Zielsetzung, die unter den jetzigen Bedingungen nicht erreichbar ist.

2. Entnazifizierung.

Wir wissen, dass der Faschismus im Schoße des Kapitalismus heranwächst. Nur deshalb konnte sich der Faschismus in der Ukraine etablieren. Wie soll ein kapitalistischer Staat eine Entnazifizierung eines anderen kapitalistischen Staates bewerkstelligen? Auch in Russland werden neofaschistische

Erscheinungen und Gruppierungen geduldet. Ich möchte als Beispiel nur die rechtsextreme „Russische Reichsbewegung“ und die „National Sozialistische Initiative“ nennen. Und ich erinnere an die so genannte „Entnazifizierung“ der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg durch die westlichen Siegermächte. Globke wurde Kanzlerberater, Strauß bayrischer Ministerpräsident, Gehlen baute den Geheimdienst der BRD wieder auf, die Bundeswehr wurde von Nazi-Generälen aus der Taufe gehoben, um nur einige Beispiele zu nennen. Noch heute gibt es alte und neue Faschisten in der BRD und die Gefahr eines erneuten Erstarkens des Faschismus in Deutschland wächst ständig.

3. Anerkennung von Krim und Donbas.

Die Unabhängigkeitserklärungen der beiden „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine wurde von Russland anerkannt. Diese Anerkennung sei völkerrechtswidrig, erklären die Medien. Die Anerkennung der Loslösung der „Volksrepubliken“ von der Ukraine sei völkerrechtlich akzeptabel, heißt es in einem Papier der Bundestagsexperten. Da die ukrainische Verfassung keine Regeln für Unabhängigkeitsreferenden definiere, "verstoßen die Unabhängigkeitserklärungen von Donezk und Luhansk vom April 2014 zwar gegen ukrainisches Verfassungsrecht, sind aber völkerrechtlich wohl nicht zu beanstanden".

Trotzdem wird immer wieder behauptet, die Unabhängigkeitserklärungen seien völkerrechtswidrig. Damit soll der Krieg der Ukraine gegen diese Staaten legalisiert werden.

Es ist bekannt, dass das Völkerrecht immer so gebogen wird, wie es gerade genehm ist. Das ist hier aber nicht möglich.

Ist nun der Krieg gegen die Ukraine völkerrechtswidrig? Das ist eine komplizierte Frage. Man muss beachten, dass nach der Anerkennung der beiden ostukrainischen Staaten durch Russland im Februar 2022 eine neue Situation geschaffen wurde. Denn die Konflikte der beiden Staaten mit der Ukraine begannen bereits 2013/2014 durch Kampfhandlungen ukrainischer Streitkräfte. Diese Kampfhandlungen waren ein lokaler Konflikt und hatten den Charakter eines Bürgerkrieges. Durch internationale Verhandlungsbemühungen wurde schließlich die Minsker Vereinbarungen

abgeschlossen. Die Umsetzung wurde dann aber durch die USA und die NATO verhindert.

Völkerrechtsverletzungen gibt es regelmäßig und durch fast alle Mächte. Spitzenreiter sind die USA, so z.B. die Kriege in Serbien/Kosovo (1999), Afghanistan (ab 2001), im Irak (2003), in Libyen (2011), Syrien 2014, usw.

Neue Kriegsziele Russlands

Am 20. Juli erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow der Angriff auf die Ukraine gehe "stetig und beharrlich" weiter. Die militärischen Ziele konzentrierten sich nicht mehr "nur" auf den Osten des Nachbarlandes. (Außenminister Sergej Lawrow in der russischen Nachrichtenagentur Ria Nowosti und dem Sender RT). Es gehe bei dem Einsatz nicht mehr nur um die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk, sondern auch um die Regionen Cherson und Saporischschja sowie "eine Reihe anderer Gebiete".

Die Zielsetzung der USA

traten gerade in diesem Ukraine Konflikt deutlich zu Tage:

1. Russland soll unter Druck gesetzt und geschwächt werden. Eine Auseinandersetzung mit Europa soll das Bündnis mit China schwächen. Russland soll durch Sanktionen vom Weltmarkt ausgeschlossen und dauerhaft destabilisiert werden.
2. Die Europäer sollen von den Energielieferungen aus Russland abgekoppelt werden, um sie von Lieferungen aus den USA abhängig zu machen. Zwischen Russland und die EU (und vor allem Deutschland) soll ein Keil getrieben. Dadurch wird die Macht der USA in Europa gestärkt
3. Die NATO soll wieder an Ansehen und Macht gewinnen. USA-Truppen sollen verstärkt in Europa stationiert werden.

Wer wird den Krieg gewinnen?

Es ist also nicht damit zu rechnen, dass dieser Krieg ein baldiges Ende nimmt. Im Gegenteil, die sich feindlichen gegenüberstehenden Mächte dieser Welt

sind hoch gerüstet. Das birgt die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges in sich. Dieser grausame Krieg wird keine Sieger hervorbringen. Bei einer weiteren Eskalation werden alle Länder unter diesen Folgen zu leiden haben.

Die sich aktuell zuspitzenden imperialistischen Widersprüche, die global wirken, werden die Unterschiede zwischen reich und arm und den Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen verschärfen. Elend, Flucht und Vertreibung, Nahrungsknappheit, Wohnungsnot, Pandemieausbreitung, ungelöste Gesundheitsprobleme werden sich weiter verschärfen. Die Folgen des Klimawandels verbessern die Lage in keinsten Weise.

Einschätzung des Krieges

Es ist eindeutig festzuhalten: Keiner der beteiligten Staaten bzw. Staatenbündnisse ist ein Staat der Arbeiterklasse.

Dieser Krieg ist ein imperialistischer Krieg zwischen den imperialistischen Staaten zweier Machtblöcke, die eine Neuaufteilung der Welt fordern. Keine der beteiligten Seiten verhält sich „objektiv antiimperialistisch“.

Es gibt kein objektives Interesse der Arbeiterklasse an solchen Kriegen, denn sie hat nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren, sie stellt das Fußvolk, geht als Soldat in die Schlacht und in den Tod, erträgt die Bombardements, verliert Wohnung und ihr geringes Hab und Gut, kurz: zahlt die Zeche, und das wie immer auf beiden Seiten.

Heinz Ahlreip: 3. Weltkrieg. Als begriffen sie irgendetwas.

Auf Druck der Arbeitermassen von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wurde vom 10. bis zum 15. Dezember 1922 der internationale Friedenskongress im Den Haag einberufen, um sich Klarheit zum Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu verschaffen. Heute, hundert Jahre später, ist angesichts der drohenden Gefahr eines dritten Weltkrieges ein solcher Friedenskongress dringend angebracht.

Zu diesem Kongress wurde auch eine sowjetrussische Delegation eingeladen. (Leider lehnte der Kongress das von der sowjetischen Delegation vorgeschlagene Aktionsprogramm ab). Lenin gab den Mitgliedern der

Delegation einige wichtige und interessante Notizen mit auf den Weg, die den Tenor tragen, dass es sehr schwierig ist, einen Krieg richtig zu lesen. Die kommunistische Presse wird sich in der Mehrzahl der Länder in der Kriegsfrage wahrscheinlich ebenfalls blamieren.

Lenin geht davon aus, dass die Reformisten-Führer und die Mehrzahl der Sozialisten den Krieg falsch lesen werden, obwohl sie von sich überzeugt und gegenteiliger Meinung sind. Man muss auf dem Kongress ihre Einbildungen, die Frage richtig lösen zu können, widerlegen. Sie stellen sich so, als ob sie es wüssten. In Wirklichkeit verschließen sie vor dem Kernpunkt der Frage die Augen. Sie tappen im Dunklen und wissen nicht, wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird. Wie ist die Stellung der Kommunisten zu einem neuen Weltkrieg? “Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.“ (Lenin, Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1956,297). Soweit zu Lenins Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag, zur Frage des Ausbruchs eines zweiten Weltkrieges.

Wenn wir also heute einen dritten Weltkrieg verhindern wollen, so ist erstens das äußerst gründliche, mehrmalige Durchlesen und Durchdenken des Textes von Lenin erforderlich, der sich nicht in der 40bändigen Gesamtausgabe des Dietz Verlages befindet, wohl aber in dem Buch: Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1956,295ff.

Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist deshalb so groß, weil die Pazifisten, die bürgerlichen und kleinbürgerlichen politischen Parteien blind sind angesichts des Kerns der Sache: Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit gewalttätigen Mitteln. Das heißt 2022 wie 1914 und 1939: Ein dritter Weltkrieg ist die Fortsetzung der Politik des internationalen Finanzkapitals. “Die Frage der imperialistischen Kriege, jener heute in der ganzen Welt vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, welche *unvermeidlich* neue imperialistische Kriege zeugt, unvermeidlich eine unerhörte Verstärkung der nationalen Unterdrückung, der Plünderung, Ausraubung, Erdrosselung der schwachen, rückständigen kleinen Völkerschaften durch eine Handvoll ‘fortgeschrittener‘ Mächte mit sich bringt – diese Frage ist seit 1914 zum Eckstein der gesamten Politik aller Länder des Erdballs geworden.“ (Lenin, Zum Vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O.,272).

Aktueller geht's nicht. Das Brandgefährliche an der heutigen Weltlage ist nicht nur, dass das Finanzkapital bis an die Zähne bewaffnet ist, sondern dass der politische Widerstand gegen den Ausbruch eines dritten Weltkrieges von edlen und gebildeten, pazifistisch angehauchten Rittern geführt wird, die sich aus allen Himmelsrichtungen etwas zusammengelesen haben, sich deshalb einbilden, den Imperialisten, die genau wissen, was sie wollen und kaltblütig berechnen, wie sie es bekommen, überlegen zu sein.

Vor den Kommunistinnen und Kommunisten besteht also die Aufgabe, die falschen Freunde und Aufklärer der Völker beiseitezuschieben, um den 3. Weltkrieg zu verhindern.

Wladimir I. Lenin: Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation in Den Haag

Lenin, Ausgewählte Werke, Band 10. Die Kommunistische Internationale. Moskau 1937, S. 310-314, Text vom 4.12.1922

In der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der Konferenz in Den Haag glaube ich, dass die größte Schwierigkeit in der Überwindung des Vorurteils besteht, dass diese Frage einfach, klar und verhältnismäßig leicht sei.

– Antworten wir auf den Krieg mit dem Streik oder mit der Revolution! – so sprechen gewöhnlich alle die angesehensten Reformistenführer zur Arbeiterklasse. Und sehr häufig befriedigt und beruhigt der Scheinradikalismus dieser Antworten die Arbeiter, Genossenschaftler und Bauern.

Vielleicht würde das richtigste Verfahren darin bestehen, dass man mit der schärfsten Widerlegung einer derartigen Ansicht den Anfang macht, dass man erklärt: besonders gegenwärtig, nach dem unlängst beendeten Krieg können nur die dümmsten oder hoffnungslos verlogene Leute versichern, dass eine derartige Antwort auf die Frage nach dem Kampf gegen den Krieg etwas taue, – dass man erklärt: auf den Krieg mit dem Streik „antworten“ ist unmöglich, genauso, wie es unmöglich ist, auf den Krieg mit der Revolution im einfachsten und buchstäblichen Sinne dieser Ausdrücke zu „antworten“.

Man muss den Leuten die reale Situation erläutern: wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird, und wie hilflos die gewöhnliche Organisation der Arbeiter, auch wenn sie sich als revolutionäre Organisation bezeichnet, angesichts eines tatsächlich heraufziehenden Krieges ist.

Man muss den Leuten immer und immer wieder mit aller Konkretheit erläutern, wie die Dinge während des letzten Krieges lagen und warum sie nicht anders liegen konnten.

Man muss insbesondere die Bedeutung des Umstandes klarlegen, dass die „Vaterlandsverteidigung“ zu einer unausweichlichen Frage wird, die die gewaltige Mehrheit der Werktätigen unausweichlich zugunsten ihrer Bourgeoisie entscheiden wird.

Deshalb erstens Klarstellung der Frage der „Vaterlandsverteidigung“; zweitens, im Zusammenhang damit, Klarstellung der Frage des „Defätismus“, und schließlich Klarstellung der einzig möglichen Kampfweise gegen den Krieg, nämlich Aufrechterhaltung und Bildung einer illegalen Organisation zur *dauernden Antikriegsarbeit* aller am Krieg teilnehmenden Revolutionäre, – das alles muss an die erste Stelle gerückt werden.

Boykottierung des Krieges ist eine dumme Phrase. Die Kommunisten müssen in jeden beliebigen reaktionären Krieg gehen.

Wünschenswert ist, dass an Beispielen sei es auch nur aus der deutschen Literatur vor dem Krieg und im Besonderen an Beispielen des Baseler Kongresses von 1912 mit besonderer Konkretheit gezeigt wird, dass die theoretische Anerkennung, dass der Krieg ein Verbrechen, dass der Krieg für den Sozialisten unzulässig ist usf., sich als leerer Wortschwall entpuppt, weil eine derartige Fragestellung keinerlei Konkretheit enthält. Wir geben den Massen keinerlei wirklich lebendige Vorstellung davon, wie der Krieg hereinbrechen kann und hereinbrechen wird. Die herrschende Presse dagegen vertuscht diese Frage alltäglich in einer unermesslichen Zahl von Exemplaren und verbreitet über sie solche Lügen, dass die schwache sozialistische Presse dagegen völlig machtlos ist, um so mehr, als sie auch in Friedenszeiten in diesem Punkt grundfalsche Ansichten vertritt. Die kommunistische Presse wird sich in der Mehrzahl der Länder wahrscheinlich ebenfalls blamieren.

Ich denke, unsere Delegierten auf dem internationalen Kongress der Genossenschaftler und Trade-Unions-Leute sollen die Aufgaben unter sich teilen und alle die Sophismen, mit denen man den Krieg in gegenwärtiger Zeit zu rechtfertigen pflegt, mit der detailliertesten Ausführlichkeit zergliedern.

Vielleicht besteht das hauptsächlichste Mittel zur Hineinziehung der Massen in den Krieg gerade in den Sophismen, mit denen die bürgerliche Presse operiert, und besteht der wichtigste Umstand, der unsere Machtlosigkeit gegen den Krieg erklärt, darin, dass wir entweder diese Sophismen nicht im Vorhinein zergliedern oder, mehr noch, dass wir sie mit der billigen, prahlerischen und gänzlich hohlen Phrase abtun, wir würden den Krieg nicht zulassen, wir verstünden vollkommen den verbrecherischen Charakter des Krieges, usf. im Geiste des Baseler Manifestes von 1912.

Mir scheint, wenn wir auf der Haager Konferenz einige Leute haben werden, die fähig sind in dieser oder jener Sprache eine Rede gegen den Krieg zu halten, so wird das Allerwichtigste die Widerlegung der Meinung sein, als seien die Anwesenden Gegner des Krieges, als verstünden sie, wie der Krieg im allerunerwartetsten Augenblick über sie hereinbrechen kann und muss, als begriffen sie irgendetwas von der Art und Weise des Kampfes gegen den Krieg, als wären sie irgendwie imstande, einen vernünftigen und zum Ziel führenden Weg im Kampf gegen den Krieg einzuschlagen.

Angesichts der unlängst mit dem Krieg gemachten Erfahrung müssen wir klarmachen, welche eine Masse von sowohl theoretischen wie praktischen Fragen sich am Tage nach der Kriegserklärung erheben wird, wobei der gewaltigen Mehrzahl der zum Heer Einberufenen jede Möglichkeit genommen sein wird, zu diesen Fragen mit einigermaßen klarem Kopf und mit einigermaßen gewissenhafter Unvoreingenommenheit Stellung zu nehmen.

Ich glaube, dass man diese Frage mit außergewöhnlicher Ausführlichkeit klarstellen muss, und zwar in doppelter Weise:

Erstens in der Weise, dass man schildert und analysiert, was während des vorigen Krieges gewesen ist, und allen Anwesenden erklärt, dass sie das nicht wissen oder dass sie sich stellen, als ob sie es wüssten, dass sie aber in Wirklichkeit die Augen verschließen gegenüber dem, was den eigentlichen Angelpunkt der Frage ausmacht, ohne dessen Kenntnis von keinem Kampf

gegen den Krieg die Rede sein kann. Zu diesem Punkt, glaube ich, ist eine Zergliederung all der Schattierungen, all der Ansichten nötig, die damals in Bezug auf den Krieg unter den russischen Sozialisten aufgetreten sind. Man muss beweisen, dass diese Schattierungen nicht zufällig aufgetreten, sondern durch die eigentliche Natur der modernen Kriege überhaupt ins Leben gerufen worden sind. Man muss beweisen, dass ohne eine Analyse dieser Ansichten und ohne Klarstellung der Art und Weise, wie sie unvermeidlich entstehen und wie sie für das Problem des Kampfes gegen den Krieg entscheidende Bedeutung haben – dass ohne eine solche Analyse von einer Vorbereitung auf den Krieg und sogar von einer bewussten Stellungnahme zu ihm keine Rede sein kann.

Zweitens muss man die gegenwärtigen Konflikte, und seien es die allgeringfügigsten, als Beispiele nehmen und an ihrem Beispiel klarstellen, wie der Krieg jeden Tag ausbrechen kann wegen eines Streites zwischen England und Frankreich um irgendeine Einzelheit des Vertrages mit der Türkei, oder zwischen Amerika und Japan wegen einer bedeutungslosen Meinungsverschiedenheit über eine beliebige den Stillen Ozean betreffende Frage, oder zwischen beliebigen Großmächten wegen kolonialer Streitigkeiten oder wegen Streitigkeiten über ihre Zollpolitik oder überhaupt über ihre Handelspolitik usw. usf. Mir will scheinen: falls sich der geringste Zweifel daran ergeben sollte, dass wir die Möglichkeit haben werden, in Den Haag unsere Rede gegen den Krieg völlig frei und vollständig vorzutragen, so wird man eine Anzahl von Kniffen zu dem Zweck ausdenken müssen, um wenigstens doch die Hauptsache zu sagen, und man wird dann das, was man nicht bis zu Ende hat aussprechen können, in einer Broschüre veröffentlichen müssen. Man muss es darauf ankommen lassen, dass der Vorsitzende die Rede unterbricht.

Ich denke, dass zu demselben Zweck zur Delegation außer den Rednern, die fähig und verpflichtet sind, eine Rede gegen den Krieg im Ganzen, d. h. mit Entwicklung aller Hauptbeweisgründe und aller Bedingungen für den Kampf gegen den Krieg zu halten, noch Leute eingeladen werden sollen, die sämtliche drei ausländischen Hauptsprachen beherrschen und sich der Aufgabe widmen müssten, mit den Delegierten Gespräche zu führen und zu erfahren, wieweit sie die Hauptbeweisgründe begriffen haben und inwiefern

die Notwendigkeit vorliegt, diese oder jene Argumente vorzubringen oder Beispiele heranzuziehen.

Vielleicht wird bei einer Reihe von Fragen nur die Heranziehung von faktischen Beispielen aus dem Gebiet des letzten Krieges geeignet sein, eine ernstliche Wirkung auszuüben. Vielleicht lässt sich bei einer Reihe von anderen Fragen nur durch Erläuterung der modernen Konflikte zwischen den Staaten und ihres Zusammenhangs mit einem möglichen bewaffneten Zusammenstoß eine ernstliche Wirkung ausüben.

In der Frage des Kampfes gegen den Krieg erinnere ich mich, dass es eine ganze Anzahl von Erklärungen gibt, die unsere kommunistischen Abgeordneten in den Parlamenten wie auch in Reden außerhalb der Parlamente abgegeben haben. Erklärungen, die ungeheuerlich unrichtige und ungeheuerlich leichtsinnige Dinge über den Kampf gegen den Krieg enthalten.

Ich denke, dass man gegen derartige Erklärungen, insbesondere wenn sie bereits nach dem Kriege abgegeben worden sind, mit aller Entschiedenheit auftreten und dabei rücksichtslos den Namen jedes derartigen Redners nennen muss. Man kann seine Meinungsäußerung über solch einen Redner nach Belieben mildern, besonders wenn das nötig ist, aber man darf keinen einzigen Fall dieser Art mit Stillschweigen übergehen, denn leichtsinniges Verhalten zu dieser Frage ist ein Übel, das schwerer wiegt als alles andere und dem gegenüber Nachsicht zu üben absolut unmöglich ist.

Es gibt eine Anzahl von Beschlüssen von Arbeiterkongressen, die unendlich dumm und leichtsinnig sind.

Man muss unverzüglich alle erdenklichen Materialien sammeln und sowohl alle einzelnen Teile und Teilchen des Themas als auch die ganze auf dem Kongress zu befolgende „Strategie“ ausführlich erörtern.

Unsererseits wird bei einer solchen Frage nicht nur ein Fehler sondern auch eine wesentliche Unvollständigkeit nicht geduldet werden dürfen.

4.12.1922

Heinz Ahlreip: Dank den Imperialisten

Das Wort ‘Weltrevolution‘ übte und übt eine ungeheure Suggestivkraft aus. Leicht untergehen kann, dass die Oktoberrevolution die erste Revolution in der Geschichte mit einem Plan B war.

Lenin hatte mehrmals darauf hingewiesen, dass auf Grund der ökonomisch ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Länder in der Ära des Imperialismus, der keine eigenständige ökonomische Gesellschaftsform darstellt, sondern das höchste Stadium des Kapitalismus, der Sieg des Sozialismus auch in einem Land möglich sei. Die Existenz dieses Plan B ist unumstritten.

Los geht es, wenn Trotzki im Gegensatz zu Lenin die Sowjetunion als grundsätzlich zurückgebliebenes Land ausgibt und verneint, dass die Sowjetarbeiter und Sowjetingenieure in der Lage seien, den hundertjährigen technologischen Rückstand gegenüber dem Westen in 10 Jahren aufzuholen. Wer nach dem 8. Mai 1945 noch Anhänger Trozki oder Hitlers ist, gehört ganz einfach mit dem Lasso eingefangen und unter die Kängurus Australiens ausgesetzt.

Die Oktoberrevolution war eine weltgeschichtliche und blieb eine weltgeschichtliche ohne entscheidenden überspringenden Funken, sie steigerte sich nicht, wie allseits erwartet, in eine weltrevolutionäre. Alle Bolschewiki waren im Revolutionsjahr 1917 uroptimistisch, sahen die ganze Welt in Flammen, der deutsche Marxist Mehring hatte im Ausklang des 19. Jahrhunderts bereits geschrieben, dass das 20. Jahrhundert ein Jahrhundert der Erfüllung für das klassenbewusste Proletariat werden würde. (Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Band 14, Berlin, 1975,319). In diesem Ende 1899 von Franz Mehring ausgesprochenen Wort ‘Erfüllung‘ liegen mehrere weltgeschichtliche Dimensionen.

Es fällt an der Schwelle des Übergangs vom klassischen Konkurrenzkapitalismus zum imperialistischen Monopolkapitalismus. Lenin wird diesen 1916 als bereits sterbenden Kapitalismus charakterisieren, die Weltkatastrophe des ersten Weltkrieges führte zu seinem Ende die Revolutionäre zu dem verzeihbaren Kurzschluss, dass die Zeit bereits auch weltweit gekommen sein müsse. Aber statt der Schlag auf Schlag zündenden Kettenreaktion kam es zu einem langen und qualvollen Prozess, den Marx

im ‘Achtzehnten Brumaire‘ als Grundzug der proletarischen Revolution prognostiziert hatte. Im Gegensatz dazu sei die bürgerliche Revolution in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts in Feuerbrillanten gefasst gewesen. Soweit Marx.

Durch das Scheitern dieser 1815 bei Waterloo, nach dem Scheitern der 48er Revolution und nach der Niederlage der Pariser Commune 1871 ging die Hauptinitiative der revolutionären Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft nach Deutschland über. Die disziplinierte deutsche Sozialdemokratie mit ihren Hauptrepräsentanten Wilhelm Liebknecht und August Bebel an der Spitze geriet zum Zugpferd der proletarischen Weltrevolution. Auch am 1. August 1914 richteten sich die Augen der proletarischen Welt auf sie. Und dann das kaum in Worte zu kleidende Versagen in der Frage der Kriegskredite, das Franz Mehring noch miterleben musste. Bebel war 1913, Liebknecht 1900 verstorben. Lenin hielt die Nachricht darüber zunächst für eine Fälschung des russischen Geheimdienstes.

Zudem taten sich die deutschen Spartakisten schwer mit der Notschlachtung des zur wilden konterrevolutionären Bestie SPD, insbesondere Rosa Luxemburg hing dieser konterrevolutionär gewordenen Partei lange am Hals, obwohl sie verbal die schärfste Kritikerin dieser volksfeindlichen Partei war. Sie sprach vom “kühnen Wurf“ der Bolschewiki und ging so weit, dem internationalen Proletariat die Schuld zu geben, dass die russische Revolution isoliert geblieben war.

Durch diese Isolation wurde das 20. Jahrhundert nicht eines der Erfüllung, sondern eines der Extreme, wie Eric Hobsbawm es charakterisierte: Wenn die Oktoberrevolution im 20. Jahrhundert auch den Zweiten Weltkrieg überlebte und am 8. Mai 1945 triumphierte, so wird sie sich nicht schrecken lassen, wenn die Revolutionäre extrem und dialektisch denken: Gerade der Sieg der Konterrevolution im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass die Niederlage der Revolution nichts Endgültiges ist:

Die Imperialisten nehmen nach ihrem Sieg über die den Weltfrieden anstrebende Räte-demokratie zurzeit Anlauf zu einem dritten Weltkrieg, durch den die Frage: Weltfrieden im Sinne Lenins und des Rätegedankens oder

atomarer Weltsupergau erneut auf die Tagesordnung gesetzt ist dank der Imperialisten. Dank den Imperialisten.

Nachlese zur Thälmann-Ehrung in Buchenwald VVN, Linkspartei, DKP, KO und KPD

Brigitte Dornheim: Das überraschende Ende der VVN-Veranstaltung zum 78. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns

Am 18. August 2022 jährte sich zum 78. Male die Ermordung Ernst Thälmanns, des Sohns und Führers der deutschen Arbeiterklasse. Zum wiederholten Male hatten sich Menschen, denen Ernst Thälmann auch heute noch wichtig ist aufgemacht, um an dem Ort, an dem er ermordet wurde, seiner zu gedenken - im Vorhof des Krematoriums von Buchenwald, dem ehemaligen Konzentrationslager der Hitlerfaschisten.

Ich glaubte, mich gut auf das Gedenken vorbereitet zu haben, aber dem war nicht so. Da ich am 11. April 2022, dem Jahrestag der Befreiung von Buchenwald, nicht zum Krematorium konnte, da es versperrt war, um meine Blumen für Thälmann niederzulegen, hatte ich einige Tage danach an den Leiter der Gedenkstätte Dr. Christian Wagner geschrieben und meinen Unmut zum Ausdruck gebracht. Ich wandte mich als Enkeltochter eines ermordeten Antifaschisten an ihn und bat, dafür Sorge zu tragen, dass dies nicht noch einmal passierte. Außerdem schrieb ich, dass ich zum 18. August um 16.00 Uhr, vor der Veranstaltung der VVN – Bund der Antifaschisten und der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, einladen möchte, um Blumen niederzulegen und Thälmanns zu gedenken. Dr. Wagner antwortete, dass es keine Hindernisse dafür gäbe. Deshalb war ich sehr erstaunt, als gegen 15.00 Uhr die Polizei auftauchte, und mich als Veranstalterin kontrollierte. Soweit, so gut.

Plötzlich erschien noch ein Vertreter der Gedenkstättenleitung und erklärte, dass Reden und Musik bei der Ehrung nicht gestattet seien und beäugte auch

argwöhnisch die von den Genossen mitgeführten Fahnen der DKP und der KPD. Man stelle sich das vor, die Fahne der Partei, dessen Vorsitzender Ernst Thälmann war! Er machte den Vorschlag, nach der offiziellen Gedenkfeier der VVN, bei welcher Fahnen und Flugblätter nicht gestattet waren, wie es in der Einladung stand, unser Gedenken durchzuführen. Das hätte aber den ganzen Ablauf durcheinandergebracht, denn wir wollten um 18.00 Uhr am Thälmann-Denkmal auf dem Buchenwaldplatz in Weimar bei der Veranstaltung dabei sein, die unter der Regie des Freidenkerverbandes vorbereitet worden war. Ich war völlig durcheinander.

Als Johanna sagte, fangen wir doch einfach an, gingen wir gemeinsam zum Hof des Krematoriums. Dort waren schon die Leute der VVN mit der Vorbereitung, dem Aufbau der Technik und dem Aufstellen von Stühlen, beschäftigt. Die meisten kannte ich, denn ich bin erst vor einem Vierteljahr aus dieser Organisation, in der ich fast zwanzig Jahr Mitglied war, ausgetreten, weil ich die jüngste politische Ausrichtung nicht mehr mittragen wollte. Ich meine damit die Leugnung der ökonomischen Wurzeln des Faschismus. Als ich damals an das Zitat des Philosophen Horkheimer erinnerte, das da lautet, „wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, war ich von ihnen scharf angegriffen worden.

Also, ich begann, nachdem wir das Thälmann-Lied „Heimatland reck deine Glieder“ eingespielt hatten, einfach mit meiner Rede und hatte aufmerksame Zuhörer, vielleicht 40 Leute, die mit Fahnen, Blumen und Transparenten meinen Worten lauschten, die mit dem Lied der Thälmann-Kolonie „Spaniens Himmel breitet seine Sterne“ endeten. Die meisten sangen mit und einige bedankten sich anschließend bei mir. Meine Rede hänge ich an diesen Artikel an.

Kaum hatte ich geendet, begann die VVN-Veranstaltung und zwar mit einer Art Grußbotschaft des Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, vorgetragen von der Ehrenvorsitzenden der Thüringer VVN Elke Pudszuhn. Von einer Würdigung Ernst Thälmanns konnte keine Rede sein. Es wurde von Ramelow ausführlich auf die sogenannten Fehler und Verwerfungen Ernst Thälmanns eingegangen, die der deutschen Arbeiterklasse geschadet hätten. Der Zwischenruf, das sei Antikommunismus, brachte es auf den Punkt.

Anschließend sprach die langjährige Archivarin Isolde Stein und entschädigte durch ihre warmen Worte, Thälmann betreffend, für die Ramelow-Rede. Sie beschrieb, was sie als Schülerin einer Ernst-Thälmann-Oberschule in Weimar, in der DDR über das Leben und den Kampf Thälmanns gegen Faschismus und Krieg erfuhr. Und auch der Gewerkschafter aus Weimar, der erklärte, er sei Freundschaftsratsvorsitzender, eine Art Schülersprecher, gewesen, brachte seine Hochachtung gegenüber Ernst Thälmann zum Ausdruck. Als er geendet hatte, sagte Elke Pudszuhn, dass ein junges Mädchen sich spontan bereiterklärt hätte, mit der Gitarre die Thälmann-Ehrung zu beenden. Ich staunte nicht schlecht, als dieses Mädchen die Worte Thälmanns zitierte, „Stalin bricht Hitler das Genick“. Damit hatte sie die Worte des Thüringer Ministerpräsidenten, der Thälmann als Stalin-Knecht bezeichnete, ad absurdum geführt. Und es sollte noch besser kommen, auf der Gitarre spielte sie das Lied der Lieder der kommunistischen Weltbewegung, die Internationale. Ein Großteil der Zuhörer, die nicht gegangen waren bei der Verlesung der sogenannten Grußbotschaft, stand auf und sang kräftig und textsicher mit. Ergreifend, einfach nur ergreifend.

Am Buchenwaldplatz angelangt war ich überrascht zu sehen, dass die jungen Leute von der KO, der Kommunistischen Organisation, eine sehr gut gemachte Ausstellung zum Ukraine-Krieg aufgebaut hatten. Es waren noch weitere Genossen der DKP-Thüringen dazu gekommen. Gerald M., mein Genosse, sprach und danach Heike C., die Vorsitzende der Thüringer Freidenker, bei denen wir seit kurzem auch Mitglied sind. Der letzte Redner war ein junger Genosse der KO. Alle Redner legten den Schwerpunkt ihrer Ausführungen auf einen anderen Aspekt zum Leben und Kampf Ernst Thälmanns und zur Aktualität dieses Kampfes.

Nach dieser Gedenkfeier saßen wir noch an einem langen Tisch des italienischen Lokals zusammen, das sich neben dem Denkmal befindet. Wir hatten gute Gespräche zur aktuellen Lage in Deutschland und der Welt. Beeindruckend waren die Worte der Russin Nadja aus Kiew über ihren Vater, der als Sechzehnjähriger ins KZ Buchenwald kam und dort die Solidarität seiner Mithäftlinge erlebte. Christiane K., die übersetzte, konnte einiges an Geld für den 35. Transport von Hilfsgütern in die Donbasrepubliken einsammeln.

(Quelle. Rotinfo Sonneberg, Ausgabe 117, August 2022)

Brigitte Dornheim: Rede anlässlich des 78. Todestags von Ernst Thälmann

Liebe Freunde, liebe Genossen, liebe Kameraden,

ich begrüße Euch herzlich zu unserer Feierstunde anlässlich des 78. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns, des unvergesslichen Sohns und Führers der deutschen Arbeiterklasse, des Vorsitzenden der KPD, der Kommunistischen Partei Deutschlands.

*„Heimatland reck deine Glieder,
kühn und beflaggt ist das Jahr.
Breit in den Schultern steht wieder,
Thälmann vor uns wie er war.“*

Ich bin mir sicher, dass Euch Melodie und Text dieses Liedes genau wie mir unter die Haut gegangen sind.

Es gibt leider nicht mehr sehr viele deutsche Kommunisten, denen unser Ernst Thälmann, unser Teddy, breit in den Schultern steht. Einige von ihnen sind heute hierhergekommen an den Ort seiner Ermordung.

Diejenigen von den 6 Millionen Deutschen, die Thälmann einst wählten, weil sie erkannt hatten, wie recht er mit der Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt Krieg“ hatte, leben nicht mehr. Und von denen, die Mitglieder in der KPD, der Partei Ernst Thälmanns waren, gibt es wohl kaum noch Genossen. Mein Großvater Adolf Wicklein und mein Vater Werner Wicklein gehörten zu ihnen.

Umso wichtiger ist es, dass sich heute Kommunisten verschiedener Parteien und Organisationen hier versammelt haben, um seiner zu gedenken.

Am 18. August 2021 folgte ich der Einladung des Thüringer Verbandes der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten e. V., in dem ich seit 1995 Mitglied war, und der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V. zu einer Gedenkfeier anlässlich des 77. Todestages von Ernst Thälmann. Ich hatte eine kurze Rede vorbereitet, die ich aber dann doch nicht hielt. Warum? Die Einladung war so formuliert, dass von vorneherein Beiträge der anwesenden Antifaschisten ausgeschlossen waren. Ich war zu feige, um mich dagegen durchzusetzen. Wahrscheinlich trug auch der Hinweis, dass das

Mitführen von Parteifahnen und das Verteilen von Flugblättern untersagt sei, dazu bei, dass ich meine Zurückhaltung nicht überwinden konnte. Ich hielt mich an die Vorgaben.

Im Nachhinein bereute ich mein Verhalten. Die Veranstaltung begann mit dem „Buchenwaldlied“. Melodie und Text aus einem Player, der neben der schon mit Blumen geschmückten Gedenktafel für Ernst Thälmann stand.

Die Ehrenvorsitzende der Thüringer VVN Elke Pudszuhn eröffnete die Gedenkfeier, indem sie die Worte des polnischen Häftlings Marian Zgoda aus dem Kommando des Krematoriums, der die Mordtat, verborgen hinter einem Schlackenhaufen, beobachtet hatte, zitierte und auch erwähnte, dass die Nazis offiziell verbreiten ließen, der KPD-Vorsitzende sei bei einem Fliegerangriff der Alliierten auf Buchenwald ums Leben gekommen. Unter den Klängen von „Unsterbliche Opfer ihr sanket dahin“ legten die anwesenden Antifaschisten, es mögen 90 bis 100 gewesen sein, Gebinde und Blumen nieder. Auf einer Schleife konnte man die Worte „Mord verjährt nicht“ lesen. Kurz fühlte ich mich zurückversetzt in ähnliche Gedenkfeiern zu der Zeit, in der mein sozialistisches Vaterland, die DDR, noch existierte.

Aber ich wurde schnell in die Gegenwart zurückgeholt und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als die Moderierende denjenigen ankündigte, der die Gedenkworte sprechen sollte, Sandro Witt, DGB Thüringen. So war es auch auf der Einladung zu lesen gewesen. Ich stutzte, als Elke Pudszuhn hinzufügte, Sandro Witt sei Spitzenkandidat der Partei die LINKE für die Bundestagswahl in Thüringen. Wie konnte es sein, dass der Anschein erweckt wurde, es handle sich um eine parteiübergreifende Veranstaltung, auf der Parteisymbole unerwünscht waren, wenn dann eine Art Wahlkampfrede gehalten wurde. Zu der Person Ernst Thälmanns wurde so gut wie nichts gesagt. Es war ein allgemeines Gerede über die Notwendigkeit des Kampfes gegen Rassismus in der Bundesrepublik über „Parteigrenzen“ hinweg. Nur gut, dass sich die Genossen der KPD nicht an jene Auflagen gehalten hatten, und somit die Fahne der Partei zu sehen war, deren Vorsitzender Ernst Thälmann war, und die Fahne des Staates, in dem alles getan wurde, um sein Vermächtnis zu erfüllen, die Flagge der DDR. Unser Kampf um Frieden und Sozialismus bedeutete die Erfüllung dieses Vermächtnisses.

Jetzt könnte mir jemand entgegenhalten, dass man den Anwesenden nicht sagen musste, wer Ernst Thälmann war, wofür er kämpfte und warum er ermordet wurde. Mag sein, dass dies für die Antifaschisten meiner Generation, die in der Mehrzahl waren, zutraf, aber gewiss nicht für die jungen Menschen. Kurz vor Beginn der Gedenkfeier hatte eine Gruppe von ungefähr 30 Jugendlichen den Hof vor dem Krematorium betreten. Für mich war das ein sehr bewegender Anblick, da ich aus eigenem Erleben weiß, wie schwer es ist, junge Leute für das antifaschistische Engagement zu gewinnen. Sofort, als die Veranstaltung beendet war, ging ich zu den Jugendlichen und fragte sie, woher sie kämen und warum sie nach Buchenwald gekommen seien. Das gemeinsame Interesse am Thema Antifaschismus hatte sie aus Leipzig in die Gedenkstätte geführt. Nun wartete ich darauf, dass mir die zwei jungen Mädchen, denen ich meine E-Mail-Adresse gab, schreiben, um mit ihnen in Kontakt treten zu können. Ich wartete vergebens auf der Antwort der Mitglieder der Leipziger „Falken“ Schade!

20 Jahre unterrichtete ich an einer Polytechnischen Oberschule in der DDR Geschichte und Deutsch, und ich kenne die Unterschiede zwischen den damaligen und den heutigen Geschichtslehrbüchern und Lesebüchern. Aus diesem Grund weiß ich, wie wichtig es ist, geschichtsinteressierten Jugendlichen zu helfen, sich das richtige Wissen über das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte anzueignen, über das Kapitel, in dem Ernst Thälmann zu den entschiedensten Gegnern des verbrecherischen NS-Regimes gehörte. Wenn es mir gelungen wäre, den Kontakt zu den Leipziguern herzustellen, hätte ich ihnen den folgenden Text meiner nicht gehaltenen Rede gesandt.

Ernst Thälmann – dieser Name begleitete mich in den Jahren meiner Kindheit und Jugend in der DDR. Ich war stolzer Thälmann-Pionier, und ich war die junge Klassenlehrerin von Schülern, die Mitglieder der Pionierorganisation waren, welche den Namen „Ernst Thälmann“ trug. Ernst Thälmann war mein und deren Vorbild. Mag sein, dass diese Vorbildrolle nicht viel mit der Realität zu tun hatte, in der ich und meine Schüler lebten. Entscheidend war, wie Lehrer, Erzieher und Pionierleiter den Kindern Ernst Thälmann als Mensch nahebrachten. Kinderbücher der DDR-Literatur, ich denke dabei vor allem an Max Zimmerings „Buttje, Pieter und sein Held“ waren eine gute Grundlage für die kindgemäße Darstellung von Ernst Thälmanns Leben. Oder

ich denke an das „Lied vom kleinen Trompeter“, das Lied über den Jungkommunisten Fritz Weineck, der 1925 auf einer Wahlkampfveranstaltung mit Ernst Thälmann im Volkspark Halle durch einen Schuss in den Rücken, abgegeben von sogenannten Schutzpolizisten, getötet wurde. Den Regisseur der Thälmann-Filme Kurt Maetzig hörte ich einmal sagen, es wäre besser gewesen, in den Filmen Ernst Thälmann von dem Sockel zu holen, auf den er gestellt wurde und ihn als einen Menschen mit Schwächen, aber vor allem mit großen Stärken zu zeigen. Dennoch waren diese Filme prägend für viele DDR-Bürger meiner Generation und der Generation meiner Eltern, denn sie widerspiegelten sehr gut, die Jahre des verschärften Klassenkampfes der Weimarer Republik, in denen Thälmann vom Sohn seiner Klasse zum Führer seiner Klasse wurde. Genau aus diesen Gründen erwärmte eine Rede von Egon Krenz mein Herz, die er zum 135. Geburtstag von Ernst Thälmann in Ziegenhals bei Berlin, dem Ort, wo schon unter illegalen Bedingungen am 1. Februar 1933 die letzte Tagung des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Vorsitz Thälmanns stattfand. Diese Rede, aus der ich zitieren möchte, erwärmte nicht nur mein Herz, sondern schärfte auch meinen Verstand.

„Wir denken anlässlich seines 135. Geburtstags an ihn, den Hafenarbeiter, den Kommunisten, den Parteivorsitzenden, den Abgeordneten des Deutschen Reichstages, den Präsidentschaftskandidaten der KPD, den Häftling der Nazis, wir gedenken unseres Genossen Ernst Thälmann, den seine Anhänger liebe- und achtungsvoll Teddy nannten. Ich höre von rechts wie auch von links den Einwand: Er hat aber Fehler gemacht. Ja, wer macht die nicht!

Höher als seine Irrtümer aber steht, dass die KPD unter seiner Leitung eine Massenpartei war und 6 Millionen Deutsche ihn wählten.

Höher als seine Irrtümer steht die Warnung: Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, und wer Hitler wählt, wählt Krieg!“

Was wäre unserem Volk erspart geblieben, wenn Thälmanns Rat verwirklicht worden wäre!

Und vor allem höher als seine Irrtümer steht seine Standhaftigkeit.“

„Stalin bricht Hitler das Genick“, sagte Thälmann in der Zuchthauszelle. So vermittelt es der Spielfilm. Wir alle wissen, dass der Name Stalin hier für die

Völker der Sowjetunion stand, für jene Völker, die beim Sieg über die deutschen Faschisten, welche einen Raub-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg mit ihren Stiefeln in die Welt getragen hatten, den größten Blutzoll erbrachten. Mit Stalin meinte er die Soldaten und Offiziere der Roten Armee, die Männer, Frauen, Jugendlichen und Kinder in den Partisaneneinheiten, an den Werkbänken im Ural, wo sie den T 34 und die MiG bauten, aber auch die Katjuschas, von ihren Feinden ehrfurchtsvoll Stalinorgeln genannt. Er meinte damit auch die Frauen, Männer, Jugendlichen und Kinder, die auf den Baumwoll- und Getreidefeldern Mittelasiens und Sibiriens, auf den Gemüse- und Obstplantagen, in den Textil- und Brotfabriken für die Aufrechterhaltung der Kampfkraft der Roten Armee und aller anderen Sowjetmenschen sorgten, welche ihre sozialistische Heimat, ihre Heimat unterm roten Stern heldenhaft verteidigten.

1945 schworen die Häftlinge hier in Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. Es ist uns nicht gelungen, diesen Schwur zu verwirklichen. Es gibt ihn wieder, den Faschismus und es gibt sie wieder, die akute Kriegsgefahr.

Genossen, Freunde und Kameraden, ein Danach nach einem 3. Weltkrieg wird es nicht mehr geben.

Deshalb sagen wir:

- Wacht endlich auf, Verdammte dieser Erde! Sonst gibt es kein Erwachen mehr!
- Die Toten mahnen uns! Ernst Thälmann mahnt uns! Die Lebenden fordern uns, schon jetzt!
- Sie fordern uns, gegen Hochrüstung, Militarisierung und NATO-Kriege zu kämpfen.
- Sie fordern uns, den Kampf für das friedliche Zusammenleben der Völker zu verstärken.
- Sie fordern uns, den Kampf gegen die sich ständig verschärfende faschistische Gefahr konsequent zu führen.

Dies bedeutet damals wie heute vor allem den Kampf gegen die Wurzeln des Faschismus zu führen, gegen, wie es in der berühmten Definition von Georgie Dimitroff heißt, gegen die aggressivsten, die am meisten imperialistischen, am meisten chauvinistischen Kräfte des Finanzkapitals. Die Leugnung dieser

Wurzeln veranlasste mich vor einem Vierteljahr aus den Reihen der VVN – Bund der Antifaschisten nach über 20 Jahren Mitgliedschaft auszutreten. Das war nicht der einzige, aber der wesentliche Grund für einen für mich schmerzlichen Schritt.

Der Faschismus wurde in Deutschland und weit darüber hinaus von den Kräften des internationalen Großkapitals, an deren Spitze heute der finanziell-digitale Komplex steht, wieder hoffähig gemacht. Sie halten ihn als ihren Stoßtrupp in Reserve, so wie zu Thälmanns Zeiten. Es ist der Stoßtrupp der offenen Nazis und der in feinem Tuch. Nirgendwo zeigen sich diese beiden Bilder des Faschismus so deutlich wie in der heutigen Ukraine. Da haben wir die Ukro-Faschisten von den Freiwilligenbataillonen Asow, Aidar und Donbass, die im Stehschritt, die Hand zum Hitlergruß erhoben mit Nazisymbolen wie Wolfsangel, SS-Runen und Hakenkreuz durch ukrainische Städte, vor allem in der Westukraine, ziehen und ihren Idolen huldigen, den Nazikollaborateuren und -verbrechern, also den Banderas, Schuchewitschs und Stezkows. Und da haben wir die Faschisten ohne jene Äußerlichkeiten, aber vom selben Geist, an ihrer Spitze Selenskij und Klitschko stehen, die den Menschen erklären, sie könnten keine Nazis sein, da sie doch jüdische Wurzeln haben. Dazwischen steht ein besonders schlauer im feinen Zwirn, der ehemalige ukrainische Botschafter in Deutschland, der Mann, dem seine Eltern den Namen eines der ukrainischen Naziverbrecher gaben, den Namen Andrej Melnyk, der Mann, der im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zugab, ein Bewunderer Stepan Banderas zu sein. Er ist weg aus Deutschland, allerdings nicht nach unten gefallen, sondern nach oben gestiegen.

Mögen wir davor bewahrt bleiben, mit der Waffe in der Hand gegen diese neuen Faschisten kämpfen zu müssen wie einst die Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg gegen Franco.

Meine Ausführungen möchte ich deshalb mit dem Lied beenden, das ich den Schülern der 9. Klassen, die ich unterrichtete, in den Geschichtsstunden zum Spanischen Bürgerkrieg vorspielte. Es ist das Lied der Thälmann-Kolonne.

„Spaniens Himmel breitet seine Sterne“

(Quelle: Rotinfo Sonneberg, a.a.O.)

Marxistisch-leninistisches Fernstudium

Frank Flegel: Das marxistisch-leninistische Fernstudium von KPD und offen-siv hat wieder begonnen

Am Wochenende des 3. und 4. September hat das Fernstudium von KPD und offen-siv wieder begonnen – nach einer mehr als zweijährigen Zwangspause durch Corona.

Wegen des großen Interesses verfahren wir zweizügig, also in zwei Parallelkursen. Wie früher dauert ein Durchlauf insgesamt eineinhalb Jahre. Insgesamt hatten wir etwas mehr als 70 Anmeldungen.

Weil wir zwischenzeitlich unser bisheriges Tagungshaus verloren hatten (es gab dort Interessenten, die ein dickeres Portemonnaie hatten als wir) und die Suche nach einem Ersatz nicht ganz einfach war, da wir einigen Zwängen unterliegen, z.B. verkehrsmäßig günstige Anbindung, Übernachtungsmöglichkeit, Selbstversorgermöglichkeit, ausreichend große Tagungsräume bei möglichst günstigem Preis, kann es jetzt erst wieder losgehen. Der Tagungsort ist leider etwas kleiner als der bisherige, deshalb konnten leider nicht alle Interessenten/innen teilnehmen.

Wir sind mit insgesamt 56 Teilnehmern/innen in zwei Gruppen mit je 28 gestartet. Insgesamt 16 Genossinnen und Genossen sind freiwillig auf die Warteliste gegangen. Ihnen sei auch an dieser Stelle nochmals großer Dank ausgesprochen.

Hier ein Auszug aus der Konzeption:

„Lernen, lernen und nochmals lernen“ (Lenin)

„Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen! Fang an! Du mußt alles wissen! Du mußt die Führung übernehmen.“ (Brecht)

Inhaltliches: Die Schulung soll die Grundlagen des Marxismus-Leninismus vermitteln. Sie wird mit einer Einführung in die erkenntnistheoretischen und philosophischen Grundlagen beginnen, also mit dem dialektischen und historischen Materialismus, dann wird es um die Ökonomie gehen, d.h.

Marxsche Kapitalanalyse, Leninsche Imperialismustheorie. Abgeleitet daraus sollen die Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus erarbeitet und die historische Erfahrung analysiert werden. Danach soll es mehr um Politisches gehen: Klassenkampf, Lenins Parteitheorie, Revolutionstheorie, Bündnispolitik, Kampf gegen den Revisionismus, Diktatur des Proletariats. Hier wollen wir auch die Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa analysieren.

Zur Form des Fernstudiums: Da die Teilnehmer/innen weit über das Land verstreut sind und weder wir noch die KPD die Kapazitäten besitzen, in der Fläche regional bzw. kommunal kontinuierliche Schulungsarbeit durchzuführen, haben wir uns für die Form des Fernstudiums entschieden.

Diese Form bedeutet, dass es zentrale Wochenendseminare geben wird und dazwischen zwei- bis dreimonatige Phasen von Gruppen- bzw. Einzelarbeit vor Ort. Während der Wochenendseminare werden die Referenten die logische Struktur und die wichtigsten „Eckpunkte“ der je kommenden Lernetappe darstellen, den Teilnehmern/innen zum Ende des Seminars Leseaufgaben und Leitfragen mit auf den Weg geben und vor dem nächsten Seminar um Antworten auf die Leitfragen bitten, um das je nächste Seminar konkret vorbereiten zu können. Im Ganzen denken wir an einen Zeitraum von etwas mehr als eineinhalb Jahren, begleitet durch sieben Wochenendseminare.

Anforderungen an die Teilnehmer/innen: Das Programm ist nicht unkompliziert, es setzt kontinuierliche Arbeit und einige Disziplin voraus. Andererseits ist es auch zu schaffen: als Teilnehmer/in muss man ein- bis zweimal wöchentlich zwei bis drei Stunden Studienzeit aufbringen können und man muss alle zwei bis drei Monate zu einem zweitägigen Wochenendseminar (Sa. und So.) fahren können. Und man muss sich anschaffen: Karl Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23 und Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (es gibt vielerlei Ausgaben). Des Weiteren werden wir gedruckte bzw. kopierte schriftliche Materialien, im wesentlichen Klassikertexte, verteilen.

Technisches und Organisatorisches: Die Seminare sind zweitägige Wochenendseminare, Beginn sonnabends um 12.00 Uhr, Ende sonntags um ca. 14.30 Uhr. Unterkunft am Tagungsort ist möglich, auch eine Dusche ist

vorhanden. Für die Verpflegung sorgen wir selbst, d.h. die „Teamer“ sorgen dafür.

Kosten: Wir müssen einmalig 15,- Euro für die Druck- und Kopierkosten der Materialien, die wir verteilen, einsammeln. Und für die Miete des Tagungsortes und die Verpflegung müssen wir 20,- Euro pro Person und Wochenende erheben. Dazu kommen natürlich je individuell die Kosten für Hin- und Rückfahrt.

Für Bedürftige mit hohen Reisekosten gibt es eine zur Zeit noch recht schmale Spendenkasse. Wir werden eine Spendenkampagne ausrufen, damit fehlendes Geld kein Hindernis für's Lernen ist.

Und nun ein Überblick über das Lernprogramm:

Erstes Seminar , Sept 2022 (Gruppe 1) bzw. Oktober 2022 (Guppe 2):

Samstag

12.00 - 12.40 Uhr: Technisches (Übernachtungen, Verpflegung, Finanzen usw.)

12.40 – 13.00 Uhr: Überblick über das gesamte Fernstudium.

13.00 - 14.00 Uhr: Wissenschaftsbegriff und Begriff des „Begriffs“, Erkenntnistheorie, Materialismus (und Idealismus), Basis-Überbau-Modell.

14.00 - 14.30 Uhr: Der Begriff der Gesellschaftsformation, das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Grundsätzliches zum Historischen Materialismus.

14.30 - 15.00 Uhr: Pause

15.00 - 16.30 Uhr: Die bisherigen Gesellschaftsformationen der Menschheit: Urgesellschaft, Stammesgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus.

16.30 - 17.00 Uhr: Pause

17.00 - 19.30 Uhr: Marxsche Methode, dann die Marxsche Kapitalanalyse inhaltlich:

Ware und Geld, Arbeitswerttheorie, Doppelcharakter der Ware und der Arbeit, Wert und Preis der Ware, Herausbildung des Geldes

19.00 - 19.30 Uhr: Abendessen,

danach am besten eine kurze Vorstellungsrunde und Zeit zum Quatschen, Kennenlernen, usw.

Sonntag

09.00 – 09.30 Uhr: Wiederholung Materialismus und Idealismus, Marxsche Methode, dann Wiederholung Ware und Geld.

09.30 – 10.30 Uhr: Fetischcharakter der Ware und des Geldes.

Die Warenzirkulation. Verschlingung der Zirkulationsketten. Die individuelle Konsumtion.

10.30 - 11.00 Uhr: Pause

11.00 – 12.30Uhr: Verwandlung von Geld in Kapital: Der einfache Begriff des Kapitals, die Arbeitskraft als Ware, Mehrwertproduktion=Ausbeutung bei Einhaltung des Gesetze des Warentausches. Die notwendig entstehenden Charaktermasken. Die Klassen und der ökonomische Klassenkampf.

12.30 - 13.00 Uhr: Mittagspause

13.00 – 14.00 Uhr:

Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals (Stichwort Zirkulationssphäre).

Zusammenfassung: Warenfetisch, Geldfetisch, der schöne Schein der Oberfläche des Kapitals, Unsichtbarkeit der Ausbeutung. Der Begriff des „notwendig falschen Bewusstseins“.

14.00 – 14.30 Uhr: Literaturhinweise, Rückmeldung über das Seminar, danach Heimreise.

Probleme des Sozialismus

Tim Schoenmakers: Die DVRK und die einheitliche Eigentumsform

Die einheitliche Eigentumsform, das uneingeschränkte unmittelbare allumfassende Volkseigentum, hat es in der Geschichte der sozialistischen Staaten bislang noch nicht gegeben. Diese Eigentumsform wird durch die vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel erreicht und macht jegliches Dazwischenkommen der Kategorien des Wertgesetzes überflüssig.

Im „Anti-Dühring“ formuliert Engels: *„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation.“*¹

So fällt in der einheitlichen Eigentumsform – wenn tatsächlich alle Produktionsmittel vergesellschaftet worden sind – die Warenproduktion weg. Statt der Warenproduktion geht der Sozialismus nun vollständig zur Gebrauchswertproduktion über, es werden nunmehr einzig Güter hergestellt, die dem tatsächlichen Bedarf der Gesellschaft entsprechen. Die Bedarfserfassung wird nicht über den Markt geregelt, sondern durch „planmäßige bewußte Organisation“, also mithilfe der nun vollständig zentralisierten Planwirtschaft. Das Wertgesetz ist nun ausgerottet und wird ersetzt durch das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung, welches mit der einheitlichen Eigentumsform nun in der gesamten Volkswirtschaft seine Wirkung entfaltet.

Bislang hat der reale Sozialismus diesen qualitativen Sprung zur vollständigen Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zur endgültigen Beseitigung des Wertgesetzes noch nicht vollzogen. Es gab immer noch eine Parallelität zwischen dem Volkseigentum und den genossenschaftlichem Eigentum. In Teilen der kommunistischen Bewegung wird jüngst die These vertreten, dass

¹ Engels, Friedrich. Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. MEW 20, S. 264.

es sowohl in der Sowjetunion, als auch in der DDR keine Warenproduktion mehr gegeben hätte. Auch der genossenschaftliche Sektor unterliege doch bereits dem gesamtgesellschaftlichen Plan, so dass wir hier also nicht mehr von einer Warenproduktion sprechen könnten. Diese These, die den Anschein macht, sich gegen die Warenproduktion zu richten, verewigt in Wirklichkeit die Warenproduktion im Sozialismus: Da nicht erkannt wird, dass es sich beim Kollektiveigentum (z.B. LPG) um eine Abart des Privateigentums handelt, geht man davon aus, dass nun – trotz der Parallelität von Volkseigentum und Kollektiveigentum – doch schon längst die Warenproduktion beseitigt sei. Dem ist aber nicht so. Man will den Austausch zwischen Kollektiveigentum und Volkseigentum nicht sehen, welcher aufgrund der unterschiedlichen Eigentumsformen nichts anderes sein kann, als ein Warentausch. Dadurch, dass man das Problem der Warenproduktion nicht richtig erkennt – es eher leugnet – versperrt man den Weg zur einheitlichen Eigentumsform. Für dieses Ziel muss auch dieser Warentausch beseitigt werden, indem ebenso in der Landwirtschaft volkseigene Güter gegründet werden, die dann die LPG's vollständig ablösen.

In den meisten sozialistischen Ländern wurde dieses Ziel leider aus den Augen verloren. Das hat viel mit dem XX. Parteitag und der Politik Chruschtschows in der Sowjetunion zutun, in dem unter anderem von ihm die These vertreten wurde, dass das Wertgesetz in der sozialistischen Ökonomie notwendig sei. Dem folgte zeitverzögert auch die DDR: Im kleinen politischen Wörterbuch in der Ausgabe von 1978 steht über das Wertgesetz:

„Das Wertgesetz ist auch ein objektives ökonomisches Gesetz der sozialistischen Produktionsweise.“²

Diese These steht im Widerspruch zu Engels, der im „Anti-Dühring“ deutlich machte, dass die Warenproduktion, und damit die Grundlage für das Wertgesetz, mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel beseitigt wird. Das Wertgesetz ist keine objektive Kategorie einer Ökonomie.

Ich erwähnte vorhin, dass fast alle sozialistischen Länder das Ziel der einheitlichen Eigentumsform aus den Augen verloren haben. Nun, es gibt Ausnahmen. Eine Ausnahme stellt die heute noch existierende Demokratische

² Kleines Politisches Wörterbuch, 1978. Definition Wertgesetz, S. 1011.

Volksrepublik Korea dar. Bereits in den ersten Jahrzehnten seit Existenz der sozialistischen Republik in Korea, beschäftigte man sich dort mit der einheitlichen Eigentumsform und der Frage, wie denn nun dieses Ziel zu erreichen ist. Kim Il Sung erwähnte folgendes dazu:

„Wenn die Übergangsperiode beendet, das genossenschaftliche Eigentum in Volkseigentum übergegangen und eine einheitliche Eigentumsform entstanden sein wird, dann werden die gesellschaftlichen Produkte abgesehen vom Außenhandel keine Waren sein;[...] Dann wird auch das Wertgesetz nicht mehr wirken. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung wird sich selbstverständlich auch dann weiterentwickeln, aber es wird keine Warenproduktion mehr geben.“³

Die Zielstellung war in der DVRK also immer eindeutig. Der Sozialismus wird im demokratischen Teil Koreas auch heute noch weiterhin konsequent aufgebaut. In der aktuellen Verfassung der DVRK erhalten wir ebenfalls einen Hinweis auf die einheitliche Eigentumsform:

In Artikel 23 heißt es: *„[...]in Übereinstimmung mit dem freien Willen aller Genossenschaftsmitglieder wandelt er (der Staat, Anm. T.S.) das Eigentum der Genossenschaften allmählich in Eigentum des ganzen Volkes um.“⁴*

Wenn dieses Ziel in der DVRK erreicht wird, also das genossenschaftliche Eigentum eines Tages vollständig in Eigentum des ganzen Volkes übergegangen und damit historisch eine neue Etappe des Sozialismus erreicht sein wird, ist das nicht nur ein wichtiger Meilenstein für die Partei der Arbeit Koreas, ebenso für die gesamte kommunistische Weltbewegung

Tizian Herrnberger: Personenkult und Führerprinzip im Sozialismus?

1. Vorwürfe gegen Marxisten-Leninisten

³ Kim Il Sung. Über einige theoretische Probleme der sozialistischen Ökonomik. Antwort auf Fragen von Funktionären des Bereiches Wissenschaft und Bildung. 1. März 1969. Zitiert nach: offen-siv 9-2021, S. 104-105.

⁴ DVRK-Verfassung (2017), Artikel 23.

Ein häufiger Vorwurf gegen Kommunisten ist, dass sie alle Macht auf eine große Führerfigur zentralisieren würden, sämtliche Posten würden vom großen Führer antidemokratisch von oben besetzt etc. Es wird behauptet, sie würden das Führerprinzip verfolgen.

Der Vorwurf des Personenkultes gegen Marxisten-Leninisten ist bei Revisionisten und Bürgerlichen sehr beliebt. Bekannt dürfte die Geheimrede Chruschtschows sein mit der enthaltenen Abrechnung mit dem angeblichen Personenkult um Stalin. Auch von Bürgerlichen wird der Personenkult stets als Bestandteil des Marxismus-Leninismus genannt und ihm gleichgesetzt.

Bei manchen Menschen, die sich dem Kommunismus annähern und mit den bürgerlichen Vorwürfen und der Ablehnung von Personenkult und Führerprinzip konfrontiert sind, führt dies zu einer Art Gegenreaktion, bei der diese Dinge dann positiv und als tatsächliche Bestandteile des Marxismus-Leninismus gesehen werden. Solche Menschen richten sich dann regelrechte Altäre mit Bildern von Stalin, Kim Il Sung etc. ein, lehnen Demokratie als „Revisionismus“ ab und verehren Pol Pot etc.

Wie ist/war aber nun das tatsächliche, v.a. historische Verhältnis des Marxismus-Leninismus zum Führerprinzip und zu Personenkult, Verehrungen, Huldigungen und Lobhudelei?

2. Führerprinzip

Oft wird Kommunisten das Führerprinzip vorgeworfen. Es wird behauptet in sozialistischen Staaten gäbe es einen starken Führer, der willkürlich und einsam seine Entscheidungen fällt, Demokratie sei nicht vorhanden, Funktionäre würden nicht gewählt, sondern von oben eingesetzt etc.

Zunächst ist vom Führerprinzip zu unterscheiden das Vorhandensein von führenden Persönlichkeiten. Stalin sagte hierzu: *„Der Marxismus verneint keineswegs die Rolle hervorragender Persönlichkeiten oder die Tatsache, dass die Menschen die Geschichte machen. Sie können bei Marx im 'Elend der Philosophie' und in seinen anderen Werken Ausführungen darüber finden, dass eben Menschen die Geschichte machen. Allerdings machen die Menschen die Geschichte nicht so, wie es ihnen die Phantasie eingibt, nicht so, wie es ihnen gerade einfällt. Jede neue Generation findet bestimmte Verhältnisse vor, die bereits in fertiger Gestalt vorhanden waren, als diese*

Generation zur Welt kam. Und große Männer sind nur insoweit von Bedeutung, als sie es vermögen, diese Verhältnisse richtig zu verstehen und zu erkennen, wie sie zu ändern sind. Wenn sie diese Verhältnisse nicht verstehen und sie so verändern wollen, wie es ihnen ihre Phantasie eingibt, so geraten sie, diese Leute, in die Lage Don Quichottes. Somit lehrt gerade Marx, dass man die Menschen keinesfalls den Verhältnissen entgegenstellen darf. Eben die Menschen machen die Geschichte, aber nur insofern, als sie die Verhältnisse richtig verstehen, die sie in fertiger Gestalt vorfinden, und nur insofern, als sie verstehen, wie diese Verhältnisse zu ändern sind. So wenigstens verstehen wir russischen Bolschewiki Marx. Und wir haben Marx einige Jahrzehnte lang studiert.“ (Unterredung mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig, Stalin Werke Band 13).

Der Marxismus-Leninismus leugnet also nicht, dass es führende Persönlichkeiten gibt und auch nicht die Bedeutung großer Gestalten, die ihre Größe dadurch erhalten, dass sie die Zeichen ihrer jeweiligen Epoche erkennen, die Massen mitreißen und so den Menschen selbst die Möglichkeit geben ihre Lage zu verändern. Dies zeigt sich auch in folgendem Aufruf Ernst Thälmanns:

„Die Entscheidung über den Sieg unseres Kampfes Klasse gegen Klasse wird nicht in Wahlen ausfallen, sondern außerhalb des Parlaments. Der jetzige Wahlkampf bedeutet für uns außerparlamentarische Massenmobilisierung, um nicht nur die Aufgaben zu lösen, die das Proletariat schon jetzt lösen kann, sondern das Proletariat zu höheren historischen Aufgaben emporzuheben.“

Die selbständige Klassenkandidatur, die wir als Vertreter der Kommunistischen Partei repräsentieren, ist nur ein Teil der revolutionären kommunistischen Politik. Wir sagen nicht: Wählt Thälmann, dann habt ihr Brot und Freiheit. Wir sagen, um Brot und Freiheit müßt ihr kämpfen! Deshalb stellen wir diesem Wahlkampf voran das Kampfgelöbnis: Klasse gegen Klasse, das Kampfgelöbnis für unsere politischen Kampfforderungen und für ein Rätedeutschland.“ (Thälmanns Kampfruf gegen imperialistischen Krieg, gegen kapitalistisches System, gegen Tribut-Sklaverei und Faschismus, für rote Einheitsfront, für Arbeit, Brot und Freiheit, für den revolutionären Ausweg!, in: Ernst Thälmann Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band 4, kursive Hervorhebungen im Original,

Unterstreichungen von mir). Die Arbeiterklasse selbst muss also aktiv werden, selbst kämpfen und wird dazu befähigt/emporgehoben und mobilisiert durch die Führer.

Dies ist zu unterscheiden vom Führerprinzip, bei dem der/die Führer allein die passive Masse lenkt/lenken, die Massen selbst aber von jeder aktiven demokratischen Beteiligung ausgeschlossen sind und nur folgen dürfen.

Ein Blick in die Verfassung eines jeden sozialistischen Staates genügt, um zu erkennen, dass diese Staaten immer grundsätzlich demokratisch verfasst sind. Allerdings nicht im Sinne eines bürgerlichen pluralistischen Parlamentarismus, sondern einer tatsächlichen Volksherrschaft in den Betrieben und allen Bereichen des politischen Lebens.

Auch bei Lenin und Stalin selbst findet man zahlreiche Textstellen, in denen auf dieses Thema eingegangen wird.

Im Gespräch mit Emil Ludwig beispielsweise sagte Stalin: *„Nein, eine einzelne Person darf nicht entscheiden. Entscheidungen einer einzelnen Person sind immer oder fast immer einseitige Entscheidungen. In jedem Kollegium, in jedem Kollektiv gibt es Menschen, mit deren Meinung man rechnen muss. In jedem Kollegium, in jedem Kollektiv gibt es Menschen, die auch falsche Meinungen zum Ausdruck bringen können. Auf Grund der Erfahrungen von drei Revolutionen wissen wir, dass unter hundert Entscheidungen, die von einzelnen Personen getroffen und nicht kollektiv überprüft und berichtigt wurden, annähernd neunzig Entscheidungen einseitig sind. Unser führendes Organ, das Zentralkomitee unserer Partei, das alle unsere Sowjet- und Parteiorganisationen leitet, besteht aus etwa siebzig Mitgliedern. Unter diesen siebzig Mitgliedern des ZK befinden sich unsere besten Industriefachleute, unsere besten Genossenschaftler, unsere besten Versorgungsfachleute, unsere besten Militärfachleute, unsere besten Propagandisten, unsere besten Agitatoren, die besten Kenner unserer Sowjetwirtschaften, die besten Kenner unserer Kollektivwirtschaften, die besten Kenner der individuellen Bauernwirtschaft, unsere besten Kenner der Nationen der Sowjetunion und der nationalen Politik. In diesem Areopag ist die Weisheit unserer Partei konzentriert. Jeder hat die Möglichkeit, die Meinung, den Vorschlag eines einzelnen zu berichtigen. Jeder hat die Möglichkeit, seine Erfahrungen beizusteuern. Wäre dem nicht so, würden die*

Entscheidungen von einzelnen Personen getroffen, dann gäbe es in unserer Arbeit die ernstesten Fehler. Da jedoch jeder die Möglichkeit hat, die Fehler einzelner Personen zu berichtigen, und da wir solche Berichtigungen berücksichtigen, gelangen wir zu mehr oder weniger richtigen Beschlüssen.“ (Unterredung mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig, Stalin Werke Band 13) Um den Sozialismus aufzubauen und dabei möglichst wenig Fehler zu machen, braucht es also nicht den einen, großartigen genialen Führer mit ewiger Weisheit, sondern die Mitwirkung möglichst vieler und fähiger Menschen.

Auch Lenin schrieb: *„Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewusstheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.“* (LW Bd.26 S.246) Die Massen müssen also alles bewusst tun, ein weiser Führer wird ihnen diese Aufgabe nicht abnehmen können und auch ist der Staat nur stark, wenn sich die Massen bewusst beteiligen und nicht wenige oder ein einzelner entscheidet.

Auch wurde die demokratische Wahl von unten und nicht etwa die Einsetzung von oben (wie im Führerprinzip) stets verteidigt, so auch in der Kritik an der KP Jugoslawiens: „8. Über die beunruhigende Lage innerhalb der KPJ. Die Genossen Tito und Kardelj bestreiten unsere Feststellungen, wonach in der KPJ eine halb illegale Situation herrscht und es in ihr keine innere Demokratie, kein Wahlsystem, keine Kritik und Selbstkritik gibt, usw. Sie schreiben, die Mitglieder des ZK der KPJ seien in ihrer Mehrzahl nicht kooptiert. Das ZK sei am 5. Kongress im Jahre 1940 gewählt worden. Es sei damals aus 31 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern zusammengesetzt worden. Sie fügen hinzu, 10 Mitglieder und 6 Ersatzmänner des Zentralkomitees seien während des Krieges ums Leben gekommen und 2 Mitglieder des ZK seien aus der Partei ausgeschlossen worden; jetzt bestehe es aus 26 Mitgliedern, wovon 19 Mitglieder am erwähnten Kongress gewählt und 7 Mitglieder kooptiert wurden. Dies entspricht nicht der Wirklichkeit. Nach den Archiven der Komintern hat der 5. Kongress, der im Oktober und nicht im Dezember 1940 stattfand, 22 Mitglieder des ZK und 16 Ersatzmänner gewählt, und nicht 31 ZK-Mitglieder und 10 Ersatzmänner. Ende Oktober 1940 schrieb Genosse Valter (Tito) aus Belgrad folgendes: 'An den Genossen Dimitrow. Vom 19. bis 23. Oktober fand der 5. Kongress der KPJ statt. 101 gewählte Delegierte

aus allen Teilen des Landes waren anwesend. Gewählt wurde das ZK bestehend aus 22 Mitgliedern, darunter 2 Frauen, und aus 16 Ersatzmännern. Es herrschte vollkommene Einigkeit. Gezeichnet: Valter.' Wenn von den 22 Mitgliedern des ZK 10 ums Leben gekommen sind, so blieben noch 12. Da 2 weitere ausgeschlossen wurden, blieben noch 10. Die Genossen Tito und Kardelj erklären, das ZK bestehe gegenwärtig aus 26 Mitgliedern; dies bedeutet, dass das ZK 10 gewählte Mitglieder zählt und 16 kooptierte. Die Mehrzahl der Mitglieder ist also kooptiert. Das gleiche trifft für die lokalen Funktionäre zu, die ernannt und nicht gewählt sind. Bei einer solchen Lage der Dinge kann natürlich keine Rede von innerparteilicher Demokratie sein. Es hat zum Beispiel genügt, dass Genosse Jujowitsch sich an der Sitzung des ZK der KPJ mit dem Antwortentwurf des Politbüros des ZK der KPJ an das ZK der KPdSU nicht einverstanden erklärte, um ihn sofort aus dem ZK der KPJ auszuschließen. Es ist kein Zufall, dass der Polizeiminister gleichzeitig Kadersekretär des ZK ist, oder, wie Tito und Kardelj das nennen, Organisationssekretär des ZK der KPJ.“ (Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPJ Moskau, den 4. Mai 1948)

Es zeigt sich also, dass demokratische Grundsätze nicht nur formal bestanden, sondern, dass diese auch in der Praxis zwingend verlangt wurden.

Auch Lion Feuchtwanger beurteilte den sowjetische Staat und die sowjetische Verfassung sehr positiv und kam nach seiner Reise nach Moskau im Jahre 1937 zu folgendem Schluß: *„Alles in allem läßt sich die neue, demokratische Verfassung, die Stalin der Sowjet-Union gab, nicht mit einem hochmütigen Achselzucken als bloße Kulisse abtun. Mögen die Mittel, welche er und seine Helfer anwandten, häufig zwielichtig gewesen sein, - List war für ihren gewaltigen Kampf so unerläßlich wie Tapferkeit -: Stalin ist ehrlich, wenn er als sein letztes Ziel die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie bezeichnet.“* (Lion Feuchtwanger, Moskau 1937, Kapitel Demokratie und Diktatur). Feuchtwangers Bericht ist auch insofern positiv hervorzuheben, als er die Lage sehr nüchtern schildert und auch Mängel und Kritikpunkte in der Praxis nicht verschweigt, was seiner Schilderung zusätzliche Glaubwürdigkeit verleiht.

Nicht zuletzt verlangt auch die Planwirtschaft zwingend Demokratie, um überhaupt funktionieren zu können. Im Kapitalismus wird die Wirtschaft vom Wertgesetz gelenkt und läuft unabhängig vom Willen der Menschen. Im

Sozialismus aber, wo das Wertgesetz nur noch in wenigen Bereichen wirkt und dort auch mehr und mehr zurück gedrängt wird, ist der Wille der Menschen, der sich nur demokratisch ermitteln lässt, das einzige, worauf man die Planung der Ökonomie sinnvoll gründen kann. Auch aus ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Planwirtschaft ist die Demokratie statt der einsamen Entscheidungen eines Führers zwingend notwendig.

3. Personenkult

Feuchtwanger geht auch auf den Personenkult um Stalin ein. *„Die Verehrung Stalins, der maßlose Kult, den die Bevölkerung mit ihm treibt, ist mit das erste, was dem Fremden in die Augen springt, der die Sowjet-Union bereist. An allen Ecken und Enden, an passenden Stellen und an unpassenden, sieht man gigantische Büsten und Bilder Stalins. Die Reden, die man zu hören bekommt, nicht etwa nur die politischen, sondern auch Vorträge über beliebige künstlerische und wissenschaftliche Themen, sind gespickt mit Verherrlichungen Stalins, und oft nimmt die Vergötzung des Mannes geschmacklose Formen an.“* (Lion Feuchtwanger, Moskau 1937, Kapitel Demokratie und Diktatur).

Er untermauert dies mit einigen Beispielen, erklärt aber auch, dass die Verehrung Stalins vom Volke selbst ausginge und auf die großen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus zurückzuführen sei und, dass sie verständlich und nachvollziehbar sei. Stalin selbst sah in dieser Verehrung bestenfalls unnötiges Trara, aber auch gefährliches Potenzial, da sich hinter Lobeshymnen etc. oft eigentliche Feinde des Sozialismus verbergen können und ein solcher Kult natürlich die Arbeit sowie die Kritik behindert und nur Zeit und Papier frisst. Feuchtwanger schildert den Umgang Stalins und der Partei mit dem Kult folgendermaßen, wobei er sich auch auf ein Gespräch mit Stalin bezieht:

„Die öffentliche Feier seines Geburtstags verhindert er. Huldigt man ihm in der Öffentlichkeit, dann betont er, daß solche Huldigung ausschließlich seiner Politik gelte, nicht seiner Person. Als etwa der Kongreß die Annahme der von ihm vorgeschlagenen und endgültig redigierten Verfassung beschlossen hatte und ihm eine stürmische Ovation brachte, applaudierte er selber mit, zum Zeichen, daß er diese Huldigung nicht als Anerkennung seiner Person, sondern lediglich als Anerkennung seiner Politik gelten lasse. Es ist Stalin

offenkundig lästig, in der Art vergottet zu werden, wie es ihm geschieht, und ab und zu macht er sich darüber lustig. Bei einem kleinen Essen, erzählt man, das er am Neujahrstag für einen intimen Freundeskreis gab, erhob er sein Glas und sagte: 'Ich trinke auf das Wohl des unvergleichlichen Führers der Völker, des großen, genialen Genossen Stalin. So, meine Lieben, und dies ist der letzte Toast, der hier in diesem Jahr auf mich ausgebracht wird.' Stalin wirkt von allen mir bekannten Männern, die Macht haben, am schlichtesten. Ich sprach mit ihm freimütig über den geschmacklosen und maßlosen Kult, der mit seiner Person getrieben wird, und er antwortete ebenso freimütig. Es sei ihm, sagte er, leid um die Zeit, die er auf Repräsentation verwenden müsse. Das ist glaubhaft; denn Stalin ist, man hat mir viele Beispiele gegeben und sie dokumentarisch belegt, ungeheuer arbeitsam und kümmert sich um jedes Detail, so daß er wirklich keine Zeit hat für überflüssigen Höflichkeits- und Verehrungskram. Von hundert Huldigungstelegrammen, die an ihn gelangen, läßt er durchschnittlich höchstens eines beantworten. Er ist persönlich überaus sachlich, fast bis zur Unhöflichkeit, und läßt sich von seinem Gesprächspartner die gleiche Sachlichkeit gefallen. Über die Geschmacklosigkeit der übertriebenen Verehrung seiner Person zuckt er die Achseln. Er entschuldigt seine Bauern und Arbeiter, die zu viel zu tun gehabt hätten, um sich auch noch Geschmack beizulegen, und mokiert sich ein bißchen über die hunderttausend ungeheuerlich vergrößerten Bilder eines Mannes mit Schnurrbart, die ihm bei Demonstrationen vor Augen flirren. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß schließlich auch Männer von zweifellosem Geschmack Stalinbüsten und -bilder, und was für welche, aufstellen an Orten, wo sie nicht hingehören, zum Beispiel in der Rembrandt-Ausstellung. Da wird er ernst. Er vermutet, daß hinter solchen Übertreibungen die Beflissenheit von Männern stecke, die sich erst spät zum Regime bekannt hätten und nun ihre Treue durch doppelte Intensität zu beweisen suchten. Ja, er hält es für möglich, daß die Absicht von Schädlingen dahinter stecke, welche ihn auf solche Art zu diskreditieren suchten. 'Ein serviler Narr,' sagt er ärgerlich, 'schadet mehr als hundert Feinde'. Wenn er das ganze Trara dulde, erklärt er, dann deshalb, weil er wisse, welch naive Freude der festliche Lärm denen bereite, die ihn veranstalteten, und daß er nicht ihm persönlich zgedacht sei, sondern dem Repräsentanten des Grundsatzes, der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjet-Union sei wichtiger als die permanente Revolution.

Übrigens haben mittlerweile die Parteikomitees in Moskau und in Leningrad Beschlüsse gefaßt, in denen sie 'die falsche Praxis überflüssiger und sinnloser Begrüßungen der Parteiführer' scharf verurteilen, und aus den Zeitungen sind die überschwänglichen Huldigungstelegramme verschwunden.“ (Lion Feuchtwanger, Moskau 1937, Kapitel Demokratie und Diktatur).

4. Schluß

Selbstverständlich gibt es herausragende Persönlichkeiten und Führungspersonen, die durch Organisationstalent und die Einsicht in die jeweiligen Notwendigkeiten der historischen Situation etc. eine führende Rolle einnehmen. Führerprinzip aber bedeutet nicht nur die Existenz von Führungspersonen, sondern die vollständige Ausrichtung auf einzelne Führer, Ausschluß der Volksmassen von politischen Entscheidungen und Herrschaft ausschließlich durch die Führer. Der großartige Führer entscheidet für das Volk, setzt Menschen von oben in Ämter ein etc. Führer der Arbeiterklasse wie Lenin, Stalin oder auch Thälmann wandten das Führerprinzip nie an, sondern nutzten ihre führende Rolle, ihren Einfluß bei der Arbeiterklasse immer, um eine möglichst große Zahl an Menschen an politischer Betätigung zu beteiligen und zur politischen Aktion und zur Herrschaft zu befähigen. Dem Sozialismus ist das Führerprinzip wesensfremd. Er braucht, um zu funktionieren, die Demokratie und die Beteiligung der breitesten Volksmassen in allen Bereichen. Auch ist für richtige Beschlüsse die Kritik möglichst vieler und fähiger Menschen unerlässlich. Die Aufgaben, die der Aufbau des Sozialismus stellt, können nur erfüllt werden von den bewussten Massen, niemals aber von einzelnen genialen Führern.

Personenkult ist die übermäßige Verehrung und Lobhudelei gegenüber einzelnen Menschen. Er ist häufig zu einem gewissen Grade nachvollziehbar, da er nicht selten aus gerechtfertigter Würdigung von Leistungen resultiert. Ob nachvollziehbar oder nicht, immer ist er aber bestenfalls unnütz/nicht hilfreich und im schlimmsten Falle sogar schädlich, weil er die Bewusstheit der Massen untergräbt, die ihre eigenen Leistungen einem einzelnen Idol zuschieben, die Kritik behindert, Zeit und Raum (in Zeitschriften etc.) frisst und sogar Feinden des Sozialismus ein Deckmäntelchen bietet.

Hervorragende Leistungen müssen gewürdigt werden, aber Lobhudelei und Verehrungs- und Höflichkeitskram behindern am Ende nur die politische Arbeit, die am besten nüchtern und sachlich geführt wird.

Was im Übrigen die Revisionisten wie z.B. Chruschtschow angeht, so kann hier auf Grover Furrs Arbeit „*Stalin und der Kampf um demokratische Reformen*“ verwiesen werden, in der klar die antidemokratischen Haltungen dieser Herren nachgewiesen wird. Auch hat die Geschichte die Befürchtungen Stalins und Feuchtwangers bestätigt, hinter dem Kult könnten sich Schädlinge verbergen, da nicht zuletzt Chruschtschow und Konsorten die größten Vertreter des Kultes waren.

„Melodie und Rhythmus“ muss - vorläufig -
eingestellt werden

**»Man hat sich im ›Grand Hotel Abgrund‹ eingerichtet«
Zum Niedergang des linken Kulturjournalismus – und
was jetzt zu tun ist.**

Ein Gespräch mit Susann Witt-Stahl. Interview: Stefan Huth

Stefan Huth: Ausgerechnet vor einem heißen Herbst mit Antikriegs- und Sozialprotesten wird M&R auf Eis gelegt – ist das nicht ein besonders schlechter Zeitpunkt?

Susann Witt-Stahl: Ja, natürlich. Denn dieser »schlechte Zeitpunkt« ist ja zugleich der Kulminationspunkt einer weltenbrandgefährlichen Entwicklung, von der sich leider ideologisch verwirrte Teile der Linken zum NATO-Patriotismus und Rechtsopportunismus treiben lassen. Da die sogenannte vierte Gewalt heute so aggressiv wie nie als Einpeitscherin einer Politik fungiert, die unsere Gesellschaft in den Abgrund stürzen kann, kommt jetzt den oppositionellen Medien eine exponierte Rolle zu. Vor allem als Aufklärer, aber auch als Megaphone aller vernünftigen Kräfte, die verstanden haben, was jetzt historisch fällig ist: der »Griff nach der Notbremse«, revolutionärer

Widerstand, wie es Walter Benjamin in seinen »Geschichtsphilosophischen Thesen« angesichts des Faschismus und Zweiten Weltkriegs ausdrückte. Aber der allgegenwärtige Mangel an qualifizierten linken Kulturjournalisten, die unsere marxistische Blattlinie weiterführen können und sich dem kämpferischen Internationalismus verbunden fühlen, hat nun leider die M&R in einen »Lock-in-Syndrom«-artigen Zustand versetzt: Der Geist ist hellwach, willig und angriffslustig, aber der Körper geschwächt und gelähmt.

Stefan Huth: *Wie ist diese Misere zu erklären?*

Susann Witt-Stahl: Sie ist untrennbar mit Zerfallstendenzen in der Linken verbunden. Der »Christopher Street Day 2022 Berlin« – nicht zuletzt, weil er eine Emanzipationsbewegung instrumentalisiert, vermarktet und damit unterminiert – liefert das Sinnbild dafür: Eine von hysterischem Hedonismus besoffene liberale Partylinke marschiert im Geld-Ware-Techno-Rhythmus »Vereint in Liebe!«, ebenso zum Kommerz wie zur »Panzerhaubitze 2000« und anderen von Deutschland für den Ukraine-Krieg gelieferten Mordwerkzeugen, ins Nichts. Ein anachronistischer Zug, der auch durch alle linken Kulturszenen und ihre Medien geht. Und das Gros des gehobenen linken Feuilletons hat sich gemütlich im »Grand Hotel Abgrund« eingerichtet: Es kommentiert lieber den grauslichen Weltlauf mit einem zuweilen unerträglichen Zynismus – der von verdinglichtem Bewusstsein, keineswegs aber von Intellekt zeugt –, statt den kämpfenden Linken beizustehen, die verzweifelt versuchen, ihn aufzuhalten.

Stefan Huth: *Warum ist das Elend in der Kunst- und Kultursphäre offenbar besonders groß?*

Susann Witt-Stahl: Peter Hacks hatte während der letzten großen Zeitenwende kritisiert, dass der Realsozialismus schon früh den Überbau kampflos geräumt und seine Kunstproduktion eingestellt hat. Damit war der Weg frei für eine von den USA ausgehende und von der Kulturindustrie gestützte Mediokratie, die nach der Ausschaltung des Systemkonkurrenten totalitär wurde. Mit fatalen Folgen für die Kunst: Da sie Erkenntnischarakter hat und immer wieder den alle Verhältnisse umhüllenden Ideologieschleier des Spätkapitalismus lüftet und zeigt, wie die Welt wirklich ist, wurde sie von den Medien weitgehend eliminiert. An ihre Stelle trat eine idealistische Unkunst, die die Menschen betrügt und Wahn produziert. Das Feuilleton ist schon lange

vorwiegend damit beschäftigt, die dafür passende »Manipulationsästhetik« zu verbreiten.

Stefan Huth: Wenn das stimmt – was müssen dann marxistische Kunst und Kultur und ihre Organe leisten?

Susann Witt-Stahl: Sie müssen die Unkunst bloßstellen als das, was sie wirklich ist: Gaukelei, Träger der perfiden Lüge, dass alles richtig und nicht zu ändern ist: vom Mario-Barth-Jauche-TV über den imperialistischen Krieg bis zum globalen Ökozid, der schon in vollem Gange ist. Und sie müssen die Erinnerung daran wachhalten, was Kunst wirklich ist: »die höchste Weise, sich um die Menschheit zu kümmern«, wie Hacks es ausdrückte. Um die Kunst zu retten, muss der von ihm beklagte falsche »Verzichtfrieden« revidiert und die marxistische Linke wieder offensiv in den »ästhetischen Weltkrieg« eintreten, der gnadenlos weiterwütet. Wir haben es immer als unsere dringlichste Pflicht betrachtet, mit der M&R der dafür nötigen Waffe der Ideologiekritik ein Magazin zu geben – deshalb müssen wir neue Kräfte sammeln und den Kampf wiederaufnehmen.

Dietmar Koschmieder: Wenn die Kraft fehlt

Weshalb der Verlag 8. Mai das Kulturmagazin Melodie & Rhythmus einstellt

Leider müssen wir heute eine schmerzliche Niederlage eingestehen: Das Magazin für Gegenkultur Melodie&Rhythmus (M&R) kann nicht weiter erscheinen. Das hat verschiedene Gründe, sie sind aber vor allem in unserer Schwäche und der der Linken insgesamt zu sehen.

Mit M&R will der Verlag 8. Mai ein journalistisches Produkt verfügbar machen, das andere (auch die eigene Tageszeitung) nicht oder nur schlecht machen können. Zeitung wie Zeitschrift fungieren dabei weder als Diener des politischen Personals der Herrschenden noch als Handlager der Kulturindustrie, sondern sind der Aufklärung verpflichtet. Beide sollen ihre spezifischen Stärken ausspielen. Und das alles unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, worüber wir uns nie Illusionen gemacht haben. Seit Jahren können wir unter diesen Bedingungen bestehen, aber im Moment reicht die verfügbare Kraft nicht mehr aus.

Dabei sind es nicht so sehr ökonomische Mittel, die fehlen: Abobestände bei jW wie M&R entwickeln sich entgegen allen Trends gut, auch unsere Genossenschaft wächst. Aber die Redaktionen von Zeitung wie Zeitschrift können nur dann gute journalistische Arbeit leisten, wenn auch ausreichend handwerklich wie politisch erfahrene Kolleginnen und Kollegen dafür zur Verfügung stehen. Die junge Welt hat den Vorteil, dass bei 305 Ausgaben im Jahr auch unerfahrene Kräfte gut eingearbeitet und geschult werden können. Melodie & Rhythmus hingegen erscheint vier Mal im Jahr – da muss im wesentlich kleineren Team vom ersten Moment an alles funktionieren, wenn wir bei der Qualität des Produktes keine relevanten Abstriche akzeptieren wollen. So hat in den letzten Jahren ein zu kleines, aber gutes M&R-Team hervorragende Arbeit geleistet. Da diese Art von Produktion auf Verschleiß langfristig nicht durchzuhalten ist, haben wir zusätzliche Redaktionsstellen für M&R ausgeschrieben. Trotz intensiver Suche konnten wir niemanden mit der notwendigen journalistischen wie politischen Qualifikation und Erfahrung finden. Deshalb sehen wir uns gezwungen, Melodie&Rhythmus vorläufig auf Eis zu legen.

Die Entscheidung ist auch davon beeinflusst, dass die schon jetzt außerordentlich schwierigen Zeiten noch wesentlich problematischer werden: Tageszeitungen vernichten gerade die Grundlagen ihrer Existenz. Ihre Qualität wird schlechter, während Abo- und Einzelverkaufspreise dramatisch steigen. Viele flüchten sich in die Idee, dass mit einer rein digitalen Version das Geschäftsmodell Tageszeitung gerettet werden könnte. Die Folge ist ein Verfall der Infrastruktur für das Printprodukt, was für die junge Welt bedeutet, dass sie sich viel stärker als bisher um die Entwicklung ihrer Onlinepräsenz kümmern muss. Es kommt aber noch ein weiteres schwerwiegendes Problem hinzu: Wir müssen uns zur Zeit gegen massive Angriffe des Inlandsgeheimdienstes der Bundesrepublik Deutschland wehren! Der Verfassungsschutz versucht mit verschiedenen nachrichtendienstlichen Mitteln, dem Verlag »den Nährboden zu entziehen«, ihn also ökonomisch zu ruinieren, um seine politische »Wirkmächtigkeit« zu zerstören. So formulierte das die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Partei Die Linke ganz offen. Deshalb führt der Verlag einen Prozess gegen die Bundesrepublik Deutschland. Der kostet schon jetzt viel Kraft und wird noch durch mehrere Instanzen gehen.

Und trotzdem: Es liegt vor allem in unserer Verantwortung, dass wir eine progressive und gefragte Kulturzeitschrift vom Markt nehmen, weil wir nicht ausreichend qualifiziertes Personal finden. Aber dieses Problem muss nicht ewig unlösbar sein! Deshalb arbeiten wir weiter an den Voraussetzungen, um die Produktion wieder aufnehmen zu können. Denn an Ideen, Mut und Entschlossenheit unsererseits, aber vor allem an der Notwendigkeit eines Magazins für Gegenkultur fehlt es keineswegs. Allen, die uns auf dem bisherigen Weg an verschiedenen Stellen unterstützt haben, gilt unser herzlicher Dank.

Hintergrund: Eine kleine M&R-Geschichte

Melodie&Rhythmus erscheint seit 1957 in Berlin und war einer der beliebtesten Titel in der DDR. Das »Fachblatt für Tanz und Unterhaltungsmusik« erlebt nach dem Ende der DDR seinen eigenen Niedergang: Der Versuch, mit Pop und Trallala der Bravo Konkurrenz zu machen, führt 1991 zur Einstellung. 2004 wiederbelebt, sollen mit der Präsentation von Ostinterpreten Anzeigenkunden geworben werden. Der Versuch scheitert, auch nachdem der Berliner Heimatverlag (»Shop24Direct«) Titel und Geschäftsmodell übernommen hat. Seit Ende 2008 führt der Verlag 8. Mai GmbH die Zeitschrift.

Mit dem Heft 2/2010 erfolgt die erste starke Veränderung: Seither bietet jede Ausgabe einen inhaltlichen Schwerpunkt. Der prägt aber noch nicht die Titelseiten, weil dabei noch immer große Labels ein entscheidendes Wort mitreden. Mit Ausgabe 3/2014 folgt der Bruch: Den Heftschwerpunkt bestimmt seither die Titelseite, Susann Witt-Stahl leitet die Redaktion. Gemeinsam mit dem Verlag und M&R-Team entwickelt sie die Zeitschrift konsequent zum »Magazin für Gegenkultur« weiter. Ein in der Ausgabe 1/2019 veröffentlichtes »Manifest für Gegenkultur« findet international Beachtung.

Auch die M&R-Gestaltung fällt auf, etwa dem Branchenwettbewerb »Cover des Monats«. So erreichte der M&R-Titel 1/2022 den sechsten Platz – noch vor Stern und Spiegel. Christian Anhut, Executive Creative Director bei Saatchi & Saatchi: »Eindringliches Cover«. Wie das ganze Magazin. Deshalb darf es nicht dauerhaft vom Markt verschwinden.

(Wir danken dem Verlag 8. Mai für die Zusendung dieser beiden Artikel und die Genehmigung zum Nachdruck; Red. offen-siv.)

Zwei Buchbesprechungen

Heinz Ahlreip: Eine Kritik an dem Buch von Susanne Schattenberg: „Geschichte der Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zum Untergang“ (Beck Wissen, Beck-Verlag München, Juli 2022)

Susanne Schattenberg lehrt als Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen und ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa.

Am 14. Juli 2022, ausgerechnet am Jahrestag des Sturms auf die Bastille, hat die an der Universität Bremen Zeitgeschichte lehrende Professorin Susanne Schattenberg im Beck Verlag auch als Direktorin der ebenfalls in Bremen ansässigen Forschungsstelle Osteuropa ein Buch veröffentlicht, dem sie den Titel gegeben hat: Geschichte der Sowjetunion, Von der Oktoberrevolution bis zum Untergang. Das Ganze des Aufstiegs und Falls, das Ganze zwischen Lenins Ankunft am 16. April 1917 auf dem ‘Finnischen Bahnhof’, Gagarins Raumflug am 12. April 1961 und der Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 wird auf 125 Seiten in sehr knapp gehaltenen Kapiteln abgehandelt, die Periode der Doppelherrschaft vom Februar bis zum Oktober 1917 zum Bsp. auf einer Seite (!), die Kuba-Krise im Oktober 1962 auf einer halben (!). Das ist bedenklich genug, zumal die Doppelherrschaft nicht vom Himmel fiel, sondern ihre Vorgeschichte in der zunehmenden Spaltung zwischen Bolschewiki und Menschewiki in der russischen Arbeiterbewegung seit dem Jahrhundertwechsel hat. Aber auch sonst hält die Dame sich bedeckt: “Noch im Frühjahr 1991 sagten in einer repräsentativen Umfrage drei Viertel der Bevölkerung, dass die Sowjetunion erhalten bleiben sollte“ (Seite 112). Das Repräsentative sollte doch erläutert werden. Aber nicht das Quantitative ist es eigentlich. Inhaltlich ist es ein dummes Buch, inhaltlich ist es ein

dreistes Buch, inhaltlich ist es ein dummdreistes Buch, inhaltlich ist es ein metaphysisches Buch. Mit dieser Beurteilung kann man noch nicht ganz zufrieden sein – es ist vor allem ein schäbiges, antikommunistisches Buch, und bei einem schäbigen Buch darf man hinten, mit der Literaturliste, beginnen.

Sie offenbart, dass sich Schattenberg aus Feindmaterial bedient. Der letzte Schrei der augenblicklichen anglo-amerikanischen Pseudoforschung, der sich stets in Kürze als Schrott erweist, wird herangezogen, nicht aber, um sie kritisch zu durchleuchten, wie es sich gehört, sondern um sich aus ihr zu speisen. Das Gegengewicht fehlt völlig, die Namen Hegel, Marx, Engels, Lenin und Stalin finden wir nicht auf der Liste. Das Buch hat damit keine Fundamente bar der dialektischen Methode, zumal die Dame meint, auch ohne die offiziellen Geschichten der KPs auskommen zu können. Kein seriöser Historiker würde sich unterstehen, eine Geschichte der napoleonischen Kriege ohne Berücksichtigung der General Coulaincourt diktierten 12bändigen Memoiren Napoleons zu schreiben, bei den Arbeitern geht das offensichtlich. Es liegt also ein Buch vor, im Hintergrund ohne Klassiker, ohne Dialektik, ohne Primärliteratur. Auch fehlt die Lehre vom Klassenkampf. So muss Schattenberg die Frage offenlassen, war Stalin ein radikaler Modernisierer oder ein Fortsetzer der traditionellen Clan-Welt des Kaukasus? Wo sind wir nur hingeraten? Die entscheidende Fragestellung liegt gar nicht vor: Wie und wann konnte die quantitative Entwicklung in eine negative Qualität zurückschlagen, dass folgende Grundeinstellung der Mehrheit der russischen Völker zum Lebensinhalt der sowjetischen Republiken werden konnte: Die noch nicht begangenen konterrevolutionären Schandtatn lagen im Grunde der Herzen schon vor und zu ihrer Ausführung bedurfte es nur noch der Zusicherung der Straffreiheit. Das erfolgte Schritt auf Schritt. So schlich sich die Konterrevolution heran, nie offen, sondern mit marxistisch-leninistischem Vokabular auf den Lippen. Die Geschichte der Sowjetunion ist als *Perversion* darzustellen. Zu dieser Fundamenteinsicht muss sich illusionslos durchgerungen werden. Es gibt Revolution und Revolution, eine in aufsteigender und eine in absteigender Linie. Marx exemplifiziert diese in seiner Analyse der 48er Revolution in Frankreich (Siehe 'Die Klassenkämpfe in Frankreich' und der 'Achtzehnte Brumaire'). Wenn man, wie Schattenberg, nicht über dieses Begriffspaar verfügt, kann die Darstellung der Geschichte der Sowjetunion nur missraten. Befand sich die

Sache der Entwicklungswege Richtung: Weiterentwicklung der Revolution oder Konterrevolution? bis 1958 noch in der Schwebe, so wurde das Land durch die Auflösung der MTS (Maschinen-Traktor-Stationen) im Jahr 1958 unwiderruflich zunehmend in die Bahn der Warenzirkulation geworfen. Monokausal kann der Zusammenbruch der SU nicht erklärt werden, die Auflösung der Stationen, vor der Stalin noch 1952 gewarnt hatte, aber war der Hauptfaktor. Von nun an gings bergab. Es gab damals in der SU vereinzelte Stimmen, die den tauben Brei der Konterrevolution aber nicht mehr durchdringen konnten. Zu verweisen ist hier zum Bsp. auf das 1970 in Zürich erschienene Buch von Andrei Amalrik, der an der Lomonossow-Universität Geschichte ohne Abschluss (zwangsexmatrikuliert) studiert hatte: 'Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben?' Das Buch wurde in mehrere Sprachen übersetzt, ohne aber in die Geschichte einzugehen. Das Siechtum dauerte über 30 Jahre, ein langsamer, qualvoller Tod, der erst gegen Ende Fahrt aufnahm. Ab 1987 waren Joint Ventures mit dem Ausland erlaubt. Schattenberg schreibt: "1988 bekamen Unternehmen das Recht, Arbeitskräfte zu entlassen und ihre Produktionspläne selbst zu festzulegen." (Seite 116). Das Wort 'Unternehmen' ist unpassend, die es ja erst durch diese Rechtszusprechung wurden. Ab 1989 konnte Grund und Boden gepachtet und Sowchosen und Kolchosen in Privatwirtschaften verwandelt werden. Nun war es bereits viel zu spät. Die Warnung Rousseaus: 'Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und die Erde keinem' und die Warnung Stalins: 'Der kapitalistische Wolf schläft nicht' galten nicht mehr und wurden von einer Polit-KGB-Mafia, die die Bereicherungsorgie gar nicht abwarten konnte, in den 'Wind of Change' zerstreut. Der Sprecher von Gorbatschows Außenminister Scherwardnadse sprach von einer grassierenden Sinatra-Mentalität in der Sowjetunion: "I did it my way". Die proletarischen Gedanken der Solidarität und der Kollektivität waren bereits leichenblass. Statt Rousseau und Stalin folgte man den Scorpions und Frank Sinatra. Da haben wir die musikalische Umrandung der politischen Meisterwerke der Mafia, durch die heute Tausende und Abertausende ukrainische Arbeiter und Bauern ihr Leben einbüßen und durch die Tausende und Abertausende Arbeiter- und Bauernfamilien im kommenden Winter in der BRD, und nicht nur in ihr, vor Kälte bibbern werden. Auf den Straßen ist der Tod von Obdachlosen angesagt. Die Welt zappelt heute am Abgrund eines dritten Weltkrieges. Kein Wunder, wenn man von dem richtigen Weg abbiegt: Marx,

Engels, Lenin, Stalin, Scorpions, Sinatra. 1990 veröffentlichten die Scorpions auf dem Album 'Crazy World' den die Perestroika Gorbatschows anhimmlenden Song 'Wind of Change' mit der Zeile: "Die Welt kommt sich näher, Dachtest Du jemals, wir konnten uns so nah sein wie Brüder". Diese perverse und alberne konterrevolutionäre Variante der Brüderlichkeit ist heute völlig den Bach runtergegangen und wir befinden uns heute immerhin schon wieder auf dem Niveau des großen antiken Dialektikers Heraklit: 'Der *Krieg* führt die Menschen zusammen'. Es galt schon während der Perestroika gegen ihr ganzes humanistisches Geschwafel Kurs zu halten: *Lösung der sozialen Klassenfragen durch Klassenkriege*.

Spätestens seit dem großen neuzeitlichen Dialektiker Hegel wissen wir in Deutschland, dass man sich in den Kreis der Stärke der Logik des Gegners zu stellen hat, um ihn durch diese Logik selbst einer wissenschaftlichen Haltlosigkeit zu überführen. Die oberflächlichen Antihumanisten können sich eben der Methode der 'immanenten Kritik' nicht bedienen. Wie originell, ein Buch über die ganze Geschichte der Sowjetunion zu schreiben, ohne eine Zeile von den Klassikern gelesen zu haben! So kann man zum Bsp. die ganze Geschichte der Sowjetunion ab 1950, also den größeren Teil ihrer Geschichte, ohne Stalins brillante Studie über die ökonomischen Probleme der SU gar nicht verstehen. Die Sowjetunion wurde am 30. Dezember 1922 gegründet, 28 bzw. 27 Jahre fallen in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, sie wurde am 26. Dezember 1991 aufgelöst, 41 in die zweite.

Hätte die Professorin Stalins Studie intensiv studiert, wäre in der 1958 akuten Frage der eine Weichenstellung vornehmenden Auflösung der Maschinen-Traktor-Stationen nicht so ein Kuddelmuddel entstanden wie bei ihr. MTS waren in sozialistischen Ländern Einrichtungen, in denen die Bauern landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren zur Nutzung ausleihen konnten. Der Schlüssel zum Zerfall liegt keineswegs in der revisionistischen Dekadenz einer KPdSU, diese kann nur Reflex ökonomisch bedingter Schwergewichtsverlagerungen in den Klassenkonstellationen sein, man muss tiefer gehen, zu Fehlentscheidungen an der ökonomischen Basis.

Die Oktoberrevolution hat an dem dialektischen und historischen Materialismus keine markante, die Klassik entstellende Gesichtsoperation vorgenommen, im Gegenteil, selbst auch noch die Ergründung der Dekadenphase der aus der Oktoberrevolution geborenen

Gesellschaftsformation unterwirft uns äußerster dialektischen Disziplin. Der harte Kern der Marxisten-Leninisten hatte gut daran getan, sich gegen die Perestroika-Ideologie zu immunisieren, die überschwappte und durch einen gefährlichen Pluralismus des 'anything goes' gerade in den Gesellschaftswissenschaften sich als gänzlich unfähig zeigte, den Gang der Geschichte im 20. Jahrhundert zu begreifen. Die ihr anhängenden Gesellschaftswissenschaftler landeten durch sie in der Gosse, auch wenn ein paar Professorenpöstchen für sie abfielen. Es war eine Zeit, in der das Pseudowissenschaftliche ins Quadrat erhoben wurde. Es ergab sich zwangsläufig eine Flut von Fälschungen der Sowjetgeschichte. Die Stunde der Gaukler, der Erzählkünstler schlug, die gegen die Auflage, sich den objektiven Geboten gesellschaftlicher Prozesse zu unterwerfen, aus subjektiver Erhabenheit heraus grinsten und einer ideologisch nicht sattelfesten Meute entgegenkam, die ihre eklektischen Bettelsuppen für das letzte Wort der Gesellschaftswissenschaften nahm. Man kann den Perestroika-Ideologen eine Aufklärungsgestik nicht absprechen, aber nur die Gestik nicht. Dass der Mensch auch in der Phase sich steigernder technisch-industrieller Revolutionen ohne Wissenschaft frei werden könne, das beinhaltete der inhumane Kern der Perestroika. Die Verheerungen erleben wir heute. Gelingt es nicht, die bürgerlichen Politiker, diese Zwergmissgeburten, ohne Rücksicht auf Verluste von der Kommandobrücke der Weltgeschichte zu stoßen, taumelt die Menschheit einer Krisenakkumulation entgegen, die *direkt* in einen dritten Weltkrieg führen *muss*. Es muss bis in den letzten Wirbel der Wirbelsäule, bis in die letzte Faser des Gehirns hinein begriffen werden, dass Kreaturen, die den kapitalistischen Parasiten hörig sind, Feinde der Völker und Feinde des Weltfriedens sein *müssen*, dass diese mit ihren sprachlichen Blendwerken in den sich rasant zuspitzenden Weltkrisen kein Existenzrecht beanspruchen dürfen. Wir müssen der bitterernsten Realität ins Auge schauen: Schon heute ist die Frage: Soll die Menschheit oder soll eine Handvoll imperialistischer Parasiten dem Untergang entgegengehen? mehr als eine sich am fernen Horizont abzeichnende Kontur. Kurz vor dem roten Oktober ergab sich 1917 aus der russischen Februarrevolution heraus eine zugespitzte Klassenkampfkonstellation, die alternativ in die Namen: Lenin oder Kornilow? zusammengefasst wurde. Kornilow siegte 74 Jahre später. Einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann es auch heute nicht geben, auf dem Mittelweg werden die Proletarier von Soldaten Kornilows

totgeschlagen. Wenn Marx aus der Niederlage der Pariser Commune die auch in marxistischen Kreisen kaum beachtete Schlussfolgerung zog, dass "der heutige Bourgeois sich für den rechtmäßigen Nachfolger des ehemaligen Feudalherrn ansieht" 1., um wieviel mehr muss das nach der Niederlage der Sowjetunion gelten? Die imperialistische Bourgeoise verfault mit sozialdemokratischem Support auf feudalistische Manier, denn Imperialismus bedeutet politische Reaktion auf der ganzen Linie. Hatte nicht schon der erste Weltkrieg den Vorhang beiseitegeschoben und auf dem Kriegstheater die SPD als stinkenden Leichnam präsentiert?

Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion kann nicht aus der Sphäre der Politik, auch nicht aus dem Hin- und Herwälzen von Basis- und Überbauursachen dargelegt werden. Beide Erklärungsversuche verharren noch unter dem Immanenzschatten der Fetischverblendung, die zu durchbrechen nur vorgegeben wird. Der wissenschaftlichen Erklärungsweise gelingt der Durchbruch von der Erscheinung zum Wesen gesellschaftlicher Prozesse nur mit Hilfe der materialistischen Dialektik, in der als genuine Prozesswissenschaft der innere Zusammenhang der Prozesse in gesetzmäßiger Abhängigkeit widergespiegelt wird. Es ist durchaus aufschlussreich zu untersuchen, wie die Auflösung der MTS 1958 und die Modeschau von Dior 1959 in Moskau zusammenhängen. Die blutsaugenden Großstadtdirnen der Nomenklatura versuchten aus ihrem mondän-urbanen Milieu heraus - letztendlich erfolgreich - die Herrschaft über die derben Bäuerinnen, die Dummchen vom Lande, die keine Zeit haben, sich die durch Arbeit abgebrochenen Fingernägel zu lackieren, die aber dafür den Kindern Milch geben, zu übernehmen. Die Lokomotive der Revolution fuhr bereits in eine falsche Richtung, denn im Kommunismus soll der Unterschied zwischen den Arbeitern und den Bauern, zwischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen total nivelliert sein. Man stelle sich das einmal vor, eine parasitenhörige Sekretärin im Dior-Kostüm bei der Heuernte!

Durch die dialektische Methode allein sind die Marxisten in der Lage, geschichtliche Prozesse mit Bewusstsein, d.h. u.a. die gesellschaftlichen Folgen ihres geschichtlichen Handelns zu erfassen. Als die Revisionisten um Chruschtschow z. Bsp. 1958 die Auflösung der Maschinen-Traktoren-Stationen beschlossen, wussten sie natürlich nicht und machten sich keine Gedanken darüber, zu welchen gesellschaftlichen Folgen diese „Neuerung“

führen werde, sie waren sich dessen nicht bewusst und verstanden nicht, dass diese „Neuerung“ zu einer Umgruppierung der gesellschaftlichen Kräfte führen werde, die mit einem Sieg der Konterrevolution enden musste.

Durch die Auflösung der Maschinen-Traktor-Stationen wurden ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft in die Bahn der Warenzirkulation geworfen und diese Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ging bis zu dem Punkt, an dem ein Umschlag von Quantität in Qualität erfolgte- für das Proletariat in negativer, für die Bourgeoisie in positiver Hinsicht, insofern durch diese ökonomische Verschiebung das Wertgesetz auch wieder Regulator der Produktion wurde. Die Betriebe verfügten zunehmend über Kapital. Durch Überhandnehmen der Warenzirkulation aus der Kurve zum Kommunismus geschleudert, nahm die Lokomotive einen Weg in Richtung Konsumismus, an dessen Ende sich die Staatsstreichgewinnler an ihren Gulaschhäppchen übergeben mussten. Die gesellschaftlichen Prozesse gerieten völlig unter den Strudel der Warenzirkulation und rissen auch bald Chruschtschow von der politischen Bühne. Sein Sturz ist selbst nur Beweis, dass beim Handeln der Individuen unter den Bedingungen der Warenproduktion noch etwas anderes herauskommt als sie unmittelbar wissen und wollen. Keineswegs darf man einen die Dialektik nur dilettantisch handhabenden Generalsekretär die Macht zuschreiben, aus revisionistischer Intention heraus durch Staatsstreich per Geheimrede sozusagen einen sozialistischen Wirtschaftsorganismus in einen kapitalistischen zu verwandeln, man würde ihm eine persönliche Gewalt der Initiative zuschreiben, wie sie beispiellos in der Weltgeschichte dastehen würde. Und nun zur Darstellung der Professorin Schattenberg: 1958 löste Chruschtschow die MTS zugunsten der Kolchosen auf, die nun selbst für Technik und Weltanschauung verantwortlich waren (Seite 82). Kein Wort über die einschneidende Bedeutung dieses fatalen Schrittes, wir erfahren lediglich wieder, dass Männer Geschichte machen, u. a. hat Chruschtschow auch das gemacht, es wird als etwas Beiläufiges daher erzählt. *Die Geschichte der Sowjetunion wird aus der Sphäre der Ein-Mann-Politik erklärt.* Und das im Jahr 2022, am 14. Juli, dem Jahrestag des Sturms Pariser Massen auf die Bastille. Gegen Ende ihres Buches schreibt die Autorin als eine Art Fazit: “Was Putin offensichtlich anstrebt, ist eine Wiederherstellung der Sowjetunion“. (Seite 123). Offensichtlich wird etwas ganz anderes: In welchen Irrgarten parasitenhörige Ideologen geraten können, wenn sie sich

ohne den Kompass des Marxismus-Leninismus in den Ozean der Klassenkämpfe stürzen. Die Autorin möge Schriften von Putin vorlegen, in denen er die Sowjet- bzw. Rätedemokratietheorie weiterentwickelt hat, was zu einer Neubegründung der Sowjetunion im Sinne des Vermächnisses und auf den Sockeln von Marx, Lenin und Stalin doch wohl unabdingbar ist. Was hat zudem Putin zur Pariser Commune geschrieben?

Ohne Klassiker fällt man immer wieder auf Chruschtschow herein und in den Abfalleimer der Geschichte hinein. Er verführte die labilen Mitläufer der kommunistischen Weltbewegung mit einer schmackhaften konterrevolutionären Trias: Die SU sei ein Volksstaat, die KP eine des ganzen Volkes, beides lässt die Professorin unerwähnt (!!), und bei der dritten Trias verhält sie sich unwissenschaftlich. Die dritte Trias lautete bekanntlich: 'Lebendiges Verbinden mit den Massen'. Hätte die Professorin Lenins 'Linken Radikalismus' gelesen, so hätte sie auf eine Nuance hinweisen können, die auch die MLPD missachtet. Eine Nuance, die immerhin eine Abweichung ergibt: Lenin spricht von der Pflicht der Bolschewiki, sich *bis zu einem gewissen Grade* mit den Massen zu verschmelzen 2. Das hat Lenin im April 1920 gesagt, im Dezember 1922 sagte er, dass die gewaltige Mehrzahl der zum Heer Einberufenen, und das sind doch Proletarier aus der Stadt und vom Lande, die Möglichkeit genommen sein wird, zu den Fragen des imperialistischen Krieges mit klarem Kopf, sprich wissenschaftlich, heranzugehen 3. und auch 2022 gilt, dass der wissenschaftliche Sozialismus der Arbeiterbewegung von außen, von der bürgerlichen Intelligenz gebracht wird, der Marxismus-Leninismus ist kein Resultat der lohnbehauptenden Arbeiterbewegung. Allgemeine Volkstümelei, allgemeiner Verbrüderungsschwindel, Kosmopolitismus, Vulgärmarxismus, 1954 wurde jeder Familie eine eigne Wohnung und 1961 das Erreichen des Kommunismus für 1980 versprochen, alles den Massen so leicht zugänglich, das wurde durch Glasnost von angeblichen Volksfreunden fettgeblasen, bis es zum Erstickungstod kam.

Schattenberg gibt sich pluralistisch, man müsse alle Aspekte berücksichtigen, denn alle seien wichtig, nur auf den wichtigsten, die Geschichte der Sowjetunion als eine von Klassenkämpfen zu deuten, kommt sie nicht. Stalin sei ein die Gesellschaft paralysierender Tyrann gewesen (Seite 69), der von jedem Mitglied des Politbüros einen Verwandten hat ermorden lassen. Aha,

Männer machen Geschichte. Das wird auf Seite 9 behauptet, natürlich ohne Belegbeispiel. Und noch eine Kostprobe: “Stalin machte Chruschtschow 1938 zum Parteichef Moskaus und 1938 der Ukraine, um dort den Terror umzusetzen.“ (Seite 69). Zum Chef machen, um Terror umsetzen – was für ein naives Geschichtsbild! Oberflächliche Antihumanisten pauschalisieren gerne, um ihre Unwissenschaftlichkeit zu verbergen. Die Wahrheit, die wissenschaftliche Wahrheit, um die es hier allein geht, ist immer konkret. Schattenberg jedoch bedient Klischees, folglich reiht die Kompilatorin angloamerikanischer Literatur einen Patzer an den anderen: Einen ganz groben finden wir auf Seite 25: Für die Bolschewiki waren die Bauern reaktionär. Die Bauern – ein monolithischer Klotz? Gab es ferner also keine Arbeiter- und Bauernregierung als Folge der Revolution? Und weiter: Im 20. Jahrhundert sei die Welt zweigeteilt gewesen, in eine erste kapitalistische und in eine zweite sozialistische. Wie das? Die Sowjets sind nach Lenin Keimformen des Absterbens jedes Staates, folglich war die Sowjetunion in ihrem politischen Kerngehalt dem Rassisten- und Ausbeuterstaat USA um eine ganz historische Epoche voraus! Wer die kapitalistische Welt nach 1917 als die erste bestimmt, geht mit ideologischen Scheuklappen ans Werk und schreibt die Lohnsklaverei fort. So hält man 2022 ein Buch in Händen, das nicht nur an die finstersten Zeiten der Adenauerreaktion und an die des kalten Krieges erinnert, sondern stellenweise ins Nazihafte abgeleitet. Natürlich wird der unwissenschaftliche Begriff ‘Stalinismus’ in Anwendung gebracht, sogar als Kapitelüberschrift. Die Periode des Stalinismus datiert für Schattenberg von 1928, von dem Punkt an, als “Stalin alle Konkurrenten um die Parteiführung aus dem Politbüro entfernt hatte“ (S.38) bis zum 5. März 1953 und nimmt in ihrem Text ganze 30 Seiten ein. Das darf nicht fehlen. Den skrupellosen 30jährigen Krieg der Bolschewiki gegen die Bauern hätte erst Stalins Tod beendet. Man vermutet richtig: Der Stil der Sprache dieses Buches kann nur grob holzschnittartig sein. Sprachmusikalisch unter aller Würde ist zum Bsp. folgende im Text über den von ihr ausgemachten Spätstalinismus auftauchende Formel: “Ideologie + Bombe = Kalter Krieg“ (S. 63). Das kann man selbst bei einem Naturwissenschaftler nicht durchgehen lassen. Es erhebt sich auch die Frage nach der Qualität des Lektorats des Beck-Verlages.

Die Aussage der Professorin, Stalin habe im Gegensatz zu Lenin Marx nicht studiert (S. 39f.), kann ihr nur jemand abnehmen, der sich morgens die

Unterhose mit einem Flaschenzug anzieht. Hätte sie die letzte theoretische Schrift Stalins, die im Alter von 73 Jahren verfassten ‘Ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ gelesen, hätte sie bemerken können, dass Stalin bis Band III des ‘Kapitals‘ gekommen war. Der Marxismus war und ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats vom Kapitalismus, der Leninismus ist die Lehre der Bedingungen der Befreiung des Proletariats vom Imperialismus, der das höchste Stadium des Kapitalismus, aber keine eigenständige ökonomische Formation darstellt. Der Stalinismus ist laut Schattenberg die “... ständige Gefahr, jederzeit willkürlich verhaftet und erschossen zu werden. Diese Strafpraxis endete mit Stalins Tod: Ohne ihn gab es keinen Stalinismus.“ (S. 38). Man bemerkt sofort den Bruch in der Kontinuität, die Absicht der Kriminalisierung. Es ist doch ganz offensichtlich, ein Stalinismus hätte zur Bedingung gehabt, dass Stalin entgegen Lenins wissenschaftlicher Festlegung den Imperialismus als eigenständige ökonomische Gesellschaftsformation bestimmt hätte und entgegen Lenin eine Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats vom Imperialismus als eigenständiger ökonomischer Formation erarbeitet hätte. Stalin bezeichnete sich immer als Schüler Lenins, und das ist auch ganz richtig so. Die Professorin dagegen tischt sogar eine Periode des Spätstalinismus (1945 bis 1953) auf, ansonsten gefällt sie sich in Pöbeleien gegen den großen Revolutionär, er habe sein Geburtsdatum gefälscht, eine ganz neue Dimension in der Stalinforschung, und er “soff“, “folterte“ und “vergewaltigte“ (S.54). Es war Stalins Angewohnheit, seine Genossen betrunken zu machen. (Vergleiche Seite 51). Ebenfalls eine ganz neue Dimension. Tiefer kann man in einer angeblich wissenschaftlich sein sollenden Polemik gegen den wissenschaftlichen Sozialismus nicht fallen, selbst Naziideologen schreckten davor zurück. Wo sind wir hingeraten? Das stolze, ungeheuer kompliziert zu lenkende Schiff der Gesellschaftswissenschaften ist auf der Sandbank biografischer Pöbeleien gestrandet.

Das Buch belegt: Wenn man die Werke der Klassiker missachtet, landet man bei einem Personenkult, im Falle Stalins bei einem negativen, kommt die Sprache auf ihn, hören wir einen dunklen Moll-Ton heraus. Die Geschichte der Sowjetunion wird von 1928 bis 1953 klassenkampflos als die eines blutdürstigen Tyrannen geschildert. Der Tod Stalins erklärt hier gar nichts, gerade er wird aber argumentativ verwandt. Unter Chruschtschow durfte man

dann aufatmen, unter Chruschtschow durften dann endlich Witze, sogar über den Mais-Mann Chruschtschow selbst gerissen werden. Nach dem Titel eines Romans von Ilja Ehrenburg kam 1954 unberechtigterweise das Wort 'Tauwetter' auf, vieles blieb eingefroren, zum Beispiel über weite Strecken die Geheimrede von Chruschtschow über Stalin, von der nur eine Zusammenfassung in der Prawda erschien. Diese Rede soll laut Schattenberg bei dem polnischen Parteichef Boleslaw Bierut einen Herzinfarkt ausgelöst haben (Seite 74). Diese perverse Freiheit, Witze reißen zu dürfen, diese aus bürgerlichen Gazetten hinlänglich bekannte Sicht der Dinge, hätte schon etwas korrigiert werden können, hätte die Autorin Plechanows Buch über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte gelesen. Dieses Buch gehört zweifelsfrei zur Primärliteratur, setzt man sich mit der Geschichte der Sowjetunion und insbesondere mit Chruschtschows Rede über den Personenkult und seine negativen Folgen auseinander. Aber auch hier Fehlanzeige.

Bürgerliche Ideologie ist dicht am Fluss der Subjektivität gebaut. Bei allem emanzipatorischen Gehalt, den die bürgerliche Ideologie in ihrer antifeudalen Kampfstellung aufweist, darf ihr stark negativer Strang nicht der Erinnerung entfallen. Seit Descartes Fixierung auf das subjektive Denken entwickelte sich über Rousseaus subjektive Begründung staatlich-republikanischer Verbände, Fichtes Ich-Philosophie und Kants Fundamentalfrage: Was ist der Mensch? eine Linie der Subjektdominanz, die durchgängig war. Kant bohrte sein ganzes philosophisches Leben lang an der Frage: Was ist der Mensch? und kam nicht weiter. Der Mensch war für Kant ein "Thier, das, wenn es unter andern seiner Gattung lebt, einen Herrn nöthig hat." 4. Im Vorbeigehen weise ich auf die Affinität hin, die der inhumane Revisionismus à la Bernstein philosophisch zu Kant entwickelte. Das große Gebrechen Feuerbachs war für Marx, dass er als Materialist inkonsequent war, in Feuerbachs materialistischer Anthropologie versiegt philosophiegeschichtlich die ganze Linie ab Descartes. Feuerbach widerlegte zwar den Idealismus Hegels, konnte aber dessen idealistisch-dialektische Methode nicht wissenschaftlich materialisieren. So entging ihm, dass erst Hegel den ganzen subjektiven Habakuk beiseite gewischt hatte, insbesondere durch seine 1821 in seiner Rechtsphilosophie verübten dialektischen Kritik an Rousseaus Gesellschaftsvertrag von 1762, in dem dieser eine subjektive Begründung einer demokratischen Republik nach dem Vorbild der Stadtrepublik Genf

vorgenommen hatte: “Das erste Gesetz des Menschen ist das der Selbsterhaltung; seine erste Pflicht ist gegen sich selbst“ 5.

Immer wieder beißt sich bürgerliche Ideologie mit ihrem Gewicht der Tradition, insbesondere mit dem vom einzelnen Individuum ausgehenden Naturrecht, an einem subjektiven Ansatz fest, mit verheerenden Konsequenzen: Die französische Revolution sprengte das Individuum als singuläre Rechtsperson aus begrenzten, ihn auch einhegenden menschlichen Konglomeraten frei, ihr kosmopolitisches Ergebnis ist bis heute die sich selbst bebrütende Monade als abstrakte Rechtsperson. In diesem Sinne ertönt heute der Schrei nach Menschenrechten, damit die Völker nicht die Signale der Pariser Commune hören. In der bürgerlichen Republik opferte sich der Citoyen für den Sieg des Bourgeois auf. *Der Mangel der bürgerlichen Ideologie besteht hier darin, dass sie den Bourgeois nicht als historisch entstanden, sondern als von der Natur gesetzt aufweist und diesen mir einer sich stets selbst gleichbleibenden Menschennatur identifiziert, der Newton mit der Lehre von der großen Einheit der Natur Vorschub geleistet hatte.* In der bürgerlichen Ideologie bleibt der Bürger immer Bürger; im Marxismus-Leninismus hebt der Arbeiter sich als Arbeiter auf.

Schon in ihrer emanzipativen Phase fällt bei aller Fortschrittlichkeit gegenüber der feudalen Repressions- und Parasitenideologie ein Verweigerungsschatten dialektischen Denkens auf die bürgerliche Ideologie. Obwohl die bürgerliche Ideologie an der positivistischen Soziologie einen Narren gefressen hat, fällt sie immer wieder in das Klischee zurück, dass Männer Geschichte machen. Im Hintergrund eines Personenkultes, der positiv oder negativ sein kann, steht von theoretischer Seite aus der cartesianische Paradigmenwechsel hin zum Subjekt als Ausgangsfundament rationalistischen Denkens. Der Zusammenhang zwischen der cartesianischen Monade des ‘ICH denke’ und der Monade von 1789 liegt auf der Hand. Immer wenn der Bourgeois über angebliche Verletzung seiner Menschenrechte das Maul aufreißt, schimmern Descartes Meditationen mit ihrem idealistischen Ansatz aus dem Jahr 1641 hindurch: ‘Ich denke, also bin ich’, mag der Krakeeler das wissen oder nicht.

In der Geschichte der Sowjetunion können wir verfolgen, wie das Vermächtnis eines großen Revolutionärs nach seinem Tod unter der Flagge eines negativen Personenkultes anathematisiert wurde. Eine Folge davon war,

dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die ganze vorrevolutionäre und abgestandene Suppe der bürgerlichen Menschenrechte im Geiste Rousseaus wieder hochkochte (zum Bsp. KSZE, Helsinki 1975: Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, seit 1973 mit der Teilnahme von 35 Staaten, Unterzeichnung der Schlussakte am 1. August 1975). Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts trug einen reaktionären Gehalt, der bis in unsere Tage reicht. Nach dem 1. August schossen antisozialistische Menschenrechtsgruppen wie Pilze aus dem Boden.

Die Vorbereitungen zum Sturz der Sowjetordnung bedurften zwar eines gewissen finsternen internationalen Klimas, wir wissen heute aber, u. a. dank der ausgezeichneten Studie von Harpal Brar, dass die SU bewusst und systematisch mehr von der inneren als von der äußeren Konterrevolution zerstört worden ist. 6. Für Frau Schattenberg schlummerte der Kollaps des Jahrhundertwerks des Genossen Lenin im Korb 3 (Menschenrechte) der KSZE-Konferenz (Seite 108) - ein schon klassisch zu nennender Patzer. Menschen auf dem Niveau von 1641, wir werden gleichsehen, dass es noch tiefer geht, mögen sich einbilden, dass die BRD ein Land ist, in dem die Menschenrechte zur Geltung kommen. Wenn aber vor einem Millionenpublikum im Fernsehen die Sendung läuft: 'Die Tricks der Lebensmittelindustrie' (ZDF), bedarf es näherer Ausführung, dass in der BRD das Leben und die Gesundheit des Volkes von den kapitalistischen Parasiten wie Dreck behandelt wird? Bekanntlich brach 1905 auf dem Panzerkreuzer Potemkin eine Meuterei aus, weil die Offiziere den Matrosen verdorbenes Fleisch vorgesetzt hatten. Die jetzt heraufziehende Inflation wird den Abstand zwischen Matrosen und Offizieren im deutschen Volk noch vergrößern, den ersteren wird mehr und mehr verdorbenes Fleisch bei steigenden Preisen vorgesetzt werden, nicht aus dem bösen Willen der Kapitalisten heraus, wie die Anhänger des Naturrechts des 18. Jahrhunderts und heutige Verschwörungstheoretiker glauben machen wollen, sondern weil der Imperialismus nach Lenin bereits stinkender, faulender und sterbender Kapitalismus bedeutet.

Wir hatten festgestellt, dass das stolze, ungeheuer schwierig zu lenkende Schiff der komplizierten Gesellschaftswissenschaften im Buch der bürgerlichen, parasitenhörigen Professorin auf der Sandbank biografischer Pöbeleien gestrandet. Dass muss das akademische Schicksal von

theoretisierenden Bildungsbürgern sein, die sich unachtsam und kennntnisarm mit dem wissenschaftlichen Sozialismus anlegen. Damit hängt zusammen, dass der Professorin an der Sowjetunion auch missfällt, dass an ihren Hochschulen neben dem Fachwissen auch der ‘Historische Materialismus‘ studiert werden musste. Das hatte aber seine guten Gründe. In kapitalistischen Universitäten geschieht heute das Gegenteil, sie züchtet digital funktionierende Fachidioten heran, statt dialektisch denken könnende Persönlichkeiten, *Fachidioten*, die sich politisch auf dem Niveau des Mittelalters bewegen und die die Worte des großen Dialektikers Heraklits bestätigen, dass die meisten Menschen anwesend-abwesend seien. Thomas von Aquin hatte 1265/66 einen an den König von Zypern gerichteten Fürstenspiegel ‘De regimine principum‘ verfasst, in dem er in scholastischer Manier die absurde These aufstellte, Menschen in Gemeinschaft bräuchten ein sie regierendes Oberhaupt. Kant ist darauf reingefallen. Ungefähr 260 Jahre später plädierte Thomas Müntzer in seiner Fürstenpredigt (1524) für die Abschaffung des Zehnten, nach Engels die Antizipation des Kommunismus in der Phantasie. Insofern steht noch heute die deutsche Geschichte vor der Wegwahl: Thomas von Aquin oder Thomas Müntzer? Der letzte Weg aber führt eines Tages zum Wegfall von Wahlen.

Besonders hebt Schattenberg heraus, dass die Völker der Sowjetunion vom bolschewistischen Terror geprägt und verängstigt waren. Das trifft aber nur auf die Volksfeinde zu, Lenin hatte nicht primär die Gewalt zum Signum der Sowjetordnung bestimmt, sondern eine Arbeitsproduktivität, die der kapitalistischen überlegen ist - siehe die Leistung Stachanows. Nicht an Stachanow, nicht in der Produktion, macht Schattenberg den Zenit der Sowjetunion aus, sondern an den Politiker Breschnew (Seite 92), an die sogenannte ‘satte Zeit‘ der sogenannten ‘Konsumjahre‘, in denen in Aussicht gestellt worden war, den Anteil der Konsumgüterproduktion von 36 auf 46 Prozent zu erhöhen. In die Breschnew-Ära fällt die Verkündung (1976), die Sowjetunion verfüge über das größte Gasvorkommen der Erde. Aber ist nicht die Tatsache, dass der Gasexport im Mittelpunkt stand, während das einheimische Gas für die sowjetischen Volksgenossen gedrosselt wurde, Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse, dass der Produktionsprozess die Produzenten, die Produzenten nicht den Produktionsprozess beherrschen? (Vergleiche Karl Marx, Das Kapital, Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin, 1960,95). Breschnew starb 10. November 1982 im Alter von 76 Jahren.

Mit dem smarten Breschnew provozierte die Sowjetunion laut Schallenberg den Westen nicht mehr mit unpassender Kleidung, so scharf hat die Frau Professorin alles beobachtet (ebenfalls Seite 92). Gut gekleidet zählte natürlich auch Breschnew zu den Männern, die Geschichte machen, er sowjetisierte von 1950 bis 1953, also zur Zeit des Korea-Krieges, Moldawien. Ein Mann sowjetisiert Moldawien, noch besser, ein Mann managt Kasachstan (beides Seite 93) – Subjekt, Prädikat, Objekt - darauf muss man erst einmal kommen, und obwohl das Verb ‘sowjetisieren‘ im Deutschen zulässig und managen eingedeutscht ist, dürfen doch diese Umstände nicht dazu verleiten, Unsinn zu schreiben. Man erinnert sich an Bertolt Brechts ‘Fragen eines lesenden Arbeiters‘, wenn Schattenberg schreibt, Breschnew habe nach dem Krieg als Parteisekretär die gebrandschatzte Ukraine, das verwüstete Moldawien und das bitterarme Kasachstan aufgebaut (Seite 107). Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich? Es hatte sich eingebürgert, die Sowjetunion in der Breschnew-Ära (1964 bis 1982) eine Supermacht zu nennen, ohne zu bemerken, dass kein Wort weiter von dem Wort Kommunismus entfernt ist als das Wort Supermacht. Schon hier taucht Glasnost-Nebel auf. Was für manche erschreckend ist, ist für manche sympathisch. Über Breschnew lesen wir, er hätte Lenin nicht gelesen. Die Verfasserin ist sich der Albernheit dieser Aussage gar nicht bewusst. Auch diese Aussage kann sie nur jemanden unterjubeln, der sich morgens die Unterhose mit dem Flaschenzug anzieht oder Mitglied des Lektorates des Beck-Verlages ist. Man braucht nicht darauf hinzuweisen, die Darstellung der Breschnew-Ära, und nicht nur sie, wird auf Personalpolitik pauperisiert.

Der Umstand, dass ihr Buch am 14. Juli erschien, hätte die Historikerin Schattenberg an die Worte Robespierres erinnern müssen, dass die Bestrafung von Volksfeinden Gnade sei, ihnen verzeihen aber Barbarei. Mit ihrem Buch erweist sich Madame Schattenberg als Barbarin, die Humanisten angreift. Wir Bolschewiki erinnern uns gerne der Worte Robespierres, mit denen er die Todesstrafe für Ludwig XVI. begründete: Da ich Mitleid mit den Unterdrückten habe, kann ich kein Mitleid mit den Unterdrückern haben. Es gibt Terror und Terror. Da ich Mitleid mit den pauperisierten Massen nicht nur in Russland habe, kann ich kein Interesse an und Mitleid mit Anastasia haben. Der segensreiche rote Terror fällt für Frau Professorin wie aus heiterem Himmel, was nicht den Tatsachen entspricht. Ende August 1918 verübte die Sozialrevolutionärin Fanny Kaplan in Moskau ein Attentat auf

Lenin, am gleichen Tag wurde der Genosse Uritzki ermordet – Anlass, um Anfang September 1918 das Dekret über den „Roten Terror“ zu verkünden. Seit dem 20. Dezember 1917, dem Gründungstag der Tscheka, gab es das sogenannte Terrordekret noch nicht. Fast zwei Monate kam die Diktatur des Proletariats ohne politische Geheimpolizei aus. Die Gründung dieser war reaktiv.

Die Ausführungen von Schattenberg sind auch insofern schäbig zu nennen, als sie den tagtäglichen Werksterror gegen die Volksmassen völlig ausblendet, sie sind insofern unwissenschaftlich zu nennen, als sie die Thematik des Terrors ausschließlich auf politischer Ebene abhandelt, auf der wir uns der Sache nur annähern, ohne sie lösen zu können. Wir müssen auf die die sozial-ökonomische Ebene wechseln: “Die soziale Unterdrückung der werktätigen Massen, ihre scheinbar völlige Ohnmacht gegenüber den blind waltenden Kräften des Kapitalismus, der den einfachen arbeitenden Menschen täglich und stündlich mehr entsetzliche Leiden und unmenschlichste Qualen bereitet als irgendwelche außergewöhnlichen Ereignisse wie Kriege, Erdbeben usw. ...“ 7., darin sieht Lenin den weltweiten vulgär-kapitalistisch-bürgerlichen Terror täglich und stündlich vorliegen. Was für diejenigen, die Mitleid mit den Unterdrückten haben, Terror ist, ist für die ideologischen Handlanger der Lohnsklavenhalter normale, als invariant hinzunehmende Alltagsrealität.

Ebenso unsinnig ist die Behauptung, die Bolschewiki hätten durch die Oktoberrevolution versucht, den Sozialismus in ein Gesellschaftssystem zu gießen (Seite 8). Dem Sozialismus liegt keine Tendenz zu einem System inne, sondern zum Kommunismus als Anarchie. Mit dieser Systemeinschmelzung beginnt der krumme Dorfweg zur Unwissenschaftlichkeit: “In der Frage der Abschaffung des Staates als Ziel gehen wir mit den Anarchisten keineswegs auseinander“ 8., pflegte Lenin zu sagen. Bereits im Ende 1847 geschriebenen Manifest der Kommunistischen Partei, ein Schlüsselbuch, ohne dass man die Thematik der Geschichte der SU nicht angehen kann, heben Marx und Engels hervor, dass es die Arbeiterklasse ist, die die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft *und damit seine eigene Herrschaft als Klasse* aufhebt. 9. Folglich verheddert sich unsere Frau Professorin auch in der Frage der politischen Parteien, bei der es auch um die Frage des Terrors in ihrer und seiner dialektischen Entwicklung geht. Nur die revolutionäre Partei des Proletariats birgt ein humanistisches Potential in sich, während die Parteien der

Konterrevolution ökonomisch Lohnsklaverei und politisch Terrorherrschaft durch Armee und Polizei auf ewig verankert wissen wollen. Ohne Dialektik, insbesondere die der Revolution und Konterrevolution, landet auch eine Expertin für Osteuropa in der finstersten Küche des kalten Krieges.

Um die Bolschewiki als Sekte anzuschwärzen, unterläuft im Übergang von Seite 18 auf Seite 19 eine Burleske: Zum Oktober hin, so heißt es, hätten die Bolschewiki immer mehr Zuspruch bekommen und hätten sich die Parolen der Straße zu eigen gemacht: Brot für die Arbeiter, Land für die Bauern, Friede für die Soldaten (Seite 18), um dann auf der nächsten Seite fortzufahren: Die Oktoberrevolution sei ein Putsch der Bolschewiki und der Organisator des Putsches sei Trotzki gewesen. Wie gesagt, Stereotypen, abgeschrieben aus anglo-amerikanischen Oxford- und Harvard-Quellen. In Harvard lehrt Professor Pipes, ihm gemäß ging es den Bolschewiki nicht um die Verbesserung der Lage der russischen Völker. 10. Die Darstellung der tiefsten Revolution in der Geschichte der Menschheit als Staatsstreich gehört nach den Worten von David North zum Dauerinventar antimarxistischen Schriftguts. 11. Tatsache ist, dass sich Trotzki in der Frage des bewaffneten Aufstandes destruktiv gegen Lenin stellte. 12. Auf Trotzki trifft die Warnung zu, die Marx in seiner Analyse des Bürgerkrieges in Frankreich über politische Abenteurer, über "bloße Schreier" ausgesprochen hatte. 13. Man muss im Zusammenhang der historisch-logischen Abfolge des roten Oktobers den ungeheuren Linksruck in der Arbeiterbewegung ab Somme 1917 nicht nur in den Städten beachten, der schon rein atmosphärisch weder einen Rechts- noch einen Linksputsch mehr zuließ, bekanntlich scheiterte der reaktionäre Kornilow-Putsch im September an der Bewegung der Massen. Im Herbst 1917 verlangten Fabrikkomitees Einblick in Bücher und Bilanzen. "Im Oktober bestand dann bereits eine Art Arbeiterkontrolle in 573 Fabriken und Zechen, die zusammen 1,4 Millionen Arbeiter beschäftigten". 14. Ein linker Putsch wäre kontraproduktiv gewesen, das bezeugen schon allein die Ergebnisse der Wahlen zum zweiten gesamtrussischen Rätekongress, die fast zeitgleich mit dem bewaffneten Aufstand stattfanden: Bolschewiki 390 Gewählte, Sozialrevolutionäre 160, Menschewiki 72. 15.

Es hatte alles seine innere Logik: Die Sprache der Straße ist immer die der Freiheit und Mehrheit, die der Duma stets die der Knechtschaft und Minderheit. Der Vorwurf, der rote Oktober sei lediglich eine

Militärverschwörung gewesen, so bereits der Jargon vom 26. Oktober 1917, ist also so alt wie die Revolution selbst. Apropos Revolution, Originalton Schattenberg zur revolutionären Situation in Deutschland: “Als Lenin Ende 1918 Karl Radek schickte, um die Lage zu klären, geriet dieser sofort in Haft. Damit war die Idee der Weltrevolution und dem Außen- als Propagandaamt gestorben“ (Seite 35f.). So stellt sich Lieschen Müller die Sache vor.

Wir hatten bereits vernommen, dass Frau Schattenberg alle Aspekte der Thematik der Geschichte der Sowjetunion zu berücksichtigen verspricht. Bereits auf Seite 9 verspricht sie ebenfalls, sich so dem Funktionieren der Sowjetunion anzunähern. Wir suchen auf den folgenden 116 Seiten aber vergeblich, wo sie auf den Kern der Sache zu sprechen kommt, wo die Annäherung zur Lösung der Frage transzendiert, wie es die Wissenschaft vorschreibt. Bereits Hegel spottete darüber, dass eine Annäherung in der Wissenschaft weder warm noch kalt sei und mit Karl Marx müssen wir wieder die Frage aufwerfen, die er in seiner Analyse der Pariser Commune im ‘Bürgerkrieg in Frankreich‘ stellte: Was ist die Commune, diese Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so schwere Proben setzt? 16. Die Pariser Commune, der Urknall der modernen Geschichte, wird von der Professorin für Zeitgeschichte nicht ein einziges Mal erwähnt, schon rein chronologisch liegt in ihr Material vor zur Beantwortung der Frage, wie die Sowjetunion funktioniert hat, am Anfang mehr, am Ende weniger pariserisch. Vor allem aber kann man diese Frage ohne Kenntnis der Analyse des Bürgerkriegs von 1871 von Marx nicht beantworten. Die Professorin für Zeitgeschichte muss auf Grund ihres unwissenschaftlichen Ansatzes sowohl die Frage nach dem Funktionieren der Sowjetunion, was sie im Inneren zusammengehalten hat, als auch die nach den Gründen ihres Zerfalls, der Annahme von Care-Paketen aus dem Westen im Herbst 1990, unbeantwortet lassen, ebenso die Frage, war die Union bewusst zerstört worden oder geschah das hinter dem Rücken der “Produzenten von auf Warenzirkulation basierender Politik“? Gerade das Letzte ist die Frage aller Fragen der Zeitgeschichte. Das Kappen der Nabelschnur zur Pariser Commune ist auch ein Erkennungszeichen, wessen geistig Kind sich hier mit der Geschichte der SU auseinandergesetzt hat. Bekanntlich bezog sich Lenin in seiner theoretischen Vorbereitung der Oktoberrevolution immens auf die Pariser Commune. So entstand neben dem ‘Manifest‘ und dem ‘Kapital‘ mit ‘Staat und Revolution‘ das größte Aufklärungsbuch für das revolutionäre Weltproletariat. Das Buch von Frau

Schattenberg erweist sich als eine missratene Annäherung an ihr selbst gesetztes Thema, es ist ein kaltes, um nicht zu sagen, ein kaltblütig-konterrevolutionäres Buch. Statt des Lichtes am Gipfel der Aufklärung ein Berg von Schatten.

ANMERKUNGEN:

1. Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx / Friedrich Engels: Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1975, 321
2. Vergleiche Lenin, Der 'Linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Ausgewählte Werke, Progress Verlag, Moskau, 1975, 567
3. Vergleiche Lenin, Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1956, 298
4. Immanuel Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Berlinische Monatsschrift, November 1784, 385ff.
5. Jean Jacques Rousseau, Der Gesellschaftsvertrag, Rudolstadt, 1953, 38
6. Siehe: Harpal Brar, Perestrojka, Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus, herausgegeben vom Verein der Förderung demokratischer Publizistik, Hannover 2002 (1. Auflage) und 2020 (2. Auflage).
7. Lenin, Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, in: Lenin, Marx – Engels – Marxismus, Dietz Verlag Berlin, 1967, 261f.
8. Lenin, Staat und Revolution, Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960, 449
9. Vergleiche Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960, 482
10. Vergleiche Richard Pipes, Die Russische Revolution, Band 3, Berlin, 1993, 793
11. Vergleiche David North, Die Russische Revolution und das unvollendete Zwanzigste Jahrhundert, Mehring Verlag, Essen, 2025, 35

12. Vergleiche Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B), Kurzer Lehrgang, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung, Berlin, 1946,248ff.
13. Vergleiche Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx / Friedrich Engels, Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1975, 310
14. David North, Die Russische Revolution und das unvollendete Zwanzigste Jahrhundert, Mehring Verlag, Essen, 2025, 45
15. Vergleiche a.a.O., 46f.
16. Vergleiche Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx, Friedrich Engels, Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1975, 298

LITERATURLISTE:

Brar, Harpal: Perestrojka, Der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus, herausgegeben vom Verein der Förderung demokratischer Publizistik, Hannover 2002 (1. Auflage) und 2020 (2. Auflage).

Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B), Kurzer Lehrgang, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung, Berlin, 1946

Kant, Immanuel: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Berlinische Monatsschrift, November 1784

Lenin, Der 'Linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Ausgewählte Werke, Progress Verlag, Moskau, 1975

Lenin, Notizen zur Frage der Aufgaben unserer Delegation im Haag, in: Lenin, Über den Kampf um den Frieden, Dietz Verlag Berlin, 1956

Lenin, Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, in: Lenin, Marx – Engels – Marxismus, Dietz Verlag Berlin, 1967

Lenin, Staat und Revolution, Werke, Band 25, Dietz Verlag Berlin, 1960

Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Karl Marx / Friedrich Engels, Ausgewählte Werke, Progress Verlag Moskau, 1975

Marx, Karl: Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin, 1960

North, David: Die Russische Revolution und das unvollendete Zwanzigste Jahrhundert, Mehring Verlag, Essen, 2025

Pipes, Richard: Die Russische Revolution, Band 3, Berlin, 1993

Rousseau, Jean Jacques: Der Gesellschaftsvertrag, Rudolstadt, 1953

Schattenberg, Susanne: Geschichte der Sowjetunion, Von der Oktoberrevolution bis zum Untergang, Beck Wissen, Beck Verlag, München, 2022

Frank Flegel: Kurt Gossweiler: Darf ich Genosse sagen? Der Briefwechsel mit Peter Hacks

Der Eulenspiegel-Verlag hat dankenswerter Weise den Briefwechsel zwischen Kurt Gossweiler und Peter Hacks erneut herausgebracht. Der Verlag sagt zu dieser Ausgabe:

„Der vorliegende Briefwechsel erschien erstmals 2005 in der von André Thiele und Johannes Oehme unter dem Titel `Am Ende verstehen sie es. Politische Schriften 1988 bis 2003´ im Eulenspiegel-Verlag herausgegebenen Sammlung von Hacks-Schriften. Diese war rasch vergriffen. In der zweiten, von Heinz Hamm besorgten und stark erweiterten Ausgabe `Marxistische Hinsichten. Politische Schriften 1955-2003´ ist dieser Briefwechsel nicht enthalten.

Hier erscheint er seiner Bedeutung gemäß in einer eigenständigen, erweiterten Ausgabe. Die Korrespondenz spannt einen Bogen von konkreten Alltagsproblemen über Systematisierungen und Skizzierungen bis in detailliertere Fragen sozialistischer Theorie. Sie zeigt deutlich und in grundsätzlicher Weise Übereinstimmungen und Unterschiede im politischen Denken der Briefpartner.“

In wesentlichen Punkten sind die beiden sich einig: In der konsequenten Verteidigung des Sozialismus, in der Verteidigung Stalins, im Kampf gegen den Revisionismus. Zu letzterem Thema möchte ich drei Passagen, die das Denken der beiden und auch die zum Teil launige, zum Teil ernsthafte Art der Auseinandersetzung zwischen Peter Hacks und Kurt Gossweiler sehr schön darstellen, zitieren:

Hacks an Gossweiler: „Für Ihre wichtigste Nachricht halte ich eine These, die Sie gar nicht aufstellen, die ich aber aus Ihnen extrapoliere und das Gossweilersche Gesetz nennen will. Es lautet: Jede kommunistische Bewegung zu jeder Zeit seit 1848 ist zu einem etwa konstanten Anteil mit Kräften durchsetzt, denen die ganze Sache zu anstrengend ist und die potentiell bereit sind, die Friedensangebote, die die Bourgeoisie ihnen macht, wohlwollend zu prüfen. Wie hoch dieser Anteil jeweils ist, ist kaum eine Frage der Gunst oder Ungunst der gesellschaftlichen Stunde. Das Vorhandensein großartiger Führer, Lenins, Stalins, Ulbrichts, hingegen kann die Quote der Revisionisten entmutigen und für eine gewisse Weile senken.“ (S.11)

Hacks an Gossweiler: „Es ist, denke ich, ein Mangel, dass Sie das nie fehlende Statthaben von Revisionismus innerhalb des Marxismus - also eine Dauererscheinung – aus vielen jeweiligen Kombinationen verschiedenster Ursachen erklären, statt aus einem generellen Gesetz. Was stets ist, kann nur einen Grund haben. Sie nennen den Grund ... selbst: Der Kapitalismus entsteht spontan; den Sozialismus muss man machen, und er ist deshalb schwer zu machen.“ ... „Soziologische wie kleinbürgerliche Einflüsse, Arbeiteraristokratie, Kretinisierung der Intelligenz (zumal der künstlerischen), Bestechung durch das Kapital bewirken die Rückschläge im Sozialismus. Aber sie bewirken diese Rückschläge eben nur, weil die sich, der Natur des Sozialismus nach, bewirken lassen.“ (S.24)

Gossweiler an Hacks: „Dennoch kann ich einen weiteren Einwand nicht unterdrücken: Sie schreiben: `Die revisionistische Gefahr resultiert nicht aus Fehlerstellen im Sozialismus, sie resultiert aus dem Sozialismus´. Das klingt so, als betrachteten Sie die revisionistische Gefahr als etwas dem Sozialismus unabhängig von Zeit und Bedingungen Innewohnendes. Das läuft dann aber wieder nicht auf den Sozialismus, sondern auf die menschliche Natur hinaus. Denn im Sozialismus, der, nicht mehr von einem überlegenen Imperialismus

bedroht einen erbitterten Klassenkampf um seine Existenz führen muss, sondern der den Zustand - sagen wir mal - einer sozialistischen Umkreisung des untergehenden Rest-Kapitalismus erreicht hat und deshalb in seiner Sozialstruktur der Beseitigung aller Klassenunterschiede schon sehr nahe gekommen ist – wo liegen da die Ursachen für die Gefahr des Revisionismus? Für mich ist der Revisionismus ein Ergebnis des Klassenkampfes sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus; er ist ein Widerschein des Kapitalismus in der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung – wobei dessen potentielle Stärke in direkter Beziehung steht zur Stärke des Kapitalismus im gegenseitigen Kräfteverhältnis. Das `potentiell` ist wichtig, weil der andere Bestimmungsfaktor für die Stärke des Revisionismus die Konsequenz des antirevisionistischen Kampfes innerhalb der revolutionären marxistischen Bewegung ist. Darin, in dieser Konsequenz des Kampfes gegen den Revisionismus, liegt für mich die Ursache der Erfolge nicht nur der Personen Stalins und Ulbrichts, sondern der von ihnen geführten Personen und Massen.“ (S. 61)

Ihr merkt sicherlich, dass es in diesem Buch interessante und lehrreiche Diskussionen nachzuverfolgen gibt, daneben selbstverständlich auch Persönliches und Anekdotisches, da werden unterschiedliche „Berühmtheiten“ der Geschichte und auch der Gegenwart der beiden Briefpartner besprochen und beurteilt, bei alledem wird viel deutlich über die persönliche Beziehung der beiden – und das alles bei höchst politischen Inhalten.

Ich wünsche dem Buch eine weite Verbreitung!

Kurt Gossweiler: Darf ich Genosse sagen? Der Briefwechsel mit Peter Hacks. Eulenspiegel-Verlag, 224 Seiten, 12,- Euro, ISBN; 978-3-359-50099-5

Aus der Leser/innen-Post

Liebe Redaktion,

das Sonderheft von Willi Franke ist wirklich gut.

Jedoch vermisse ich Hinweise auf die Konkurrenzsituation mit anderen sozialistischen, kommunistischen oder solcherlei Pseudoparteien. Das bürgerliche Parteiengesocks meine ich nicht, auch nicht die PdL.

Ein dürrer Hinweis auf die DKP ist zwar enthalten, aber da sind noch MLPD, ÖDP u.a.m. Gerade die MLPD ist im Raum Eisenach sehr präsent und das nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes.

Hier hätte ich gern mehr Info.

Gruß, Jens

Lieber Genossen und Genossinnen der offen-siv!

Ich möchte mich zuerst bedanken für offen siv Juli-August 2022. Das ist wieder ein sehr wichtiges Heft geworden.

Ich sehe nur zwei Artikel kritisch, die des Genossen Jeremija und des Genossen Stiller.

Ich möchte hier nicht an der Diskussion teilnehmen, wie stark oder schwach der russische Kapitalismus (Imperialismus) ist. Aber eine Anmerkung sei doch gestattet: Ist es eine Aufgabe von Kommunisten, gegen den Sklavenhalter zu sein, der viele Sklaven hat, aber für den Sklavenhalter zu sein, der nur wenige Sklaven hat und diesen bei der neuen Verteilung der Beute zu unterstützen? Im Sinne Lenins denke ich doch „Nein.“

Welche Produktionsverhältnisse wird Russland denn in der Ukraine durchsetzen? Das wird wohl nicht der Sozialismus sein. Die russische Bourgeoisie wird Bandera durch Wasslov ersetzen. Ist es nicht jetzt schon so,

dass in Westeuropa große Teile der Rechten von Russland Unterstützung erhalten? Ich sage nur Le Pen und AFD.

Ich kann nachvollziehen, dass man das Regime in der Ukraine loswerden will. Jedoch nur einzig die vereinte Arbeiterklasse unter Führung einer kommunistischen Partei wird das können.

Mit freundlichen Grüßen, Christian Kunz

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

